Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 78. Mittwoch den 19. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 17. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, pr. Frühjahr 31¼, 31 bezahlt, pr. Juni 32½ Geld. — Rüböl 10, pr. Herbst 10½ bez. — Spiritus 23¾, pr. Frühjahr 23½ bez.

Hamburg, 17. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen fest. — Roggen unverändert. — Kaffee 4⅜, 4½, geringes Geschäft. — Zink, 2060 Ctr. loco 9 11/16.

Frankfurt a. M., 17. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 40¼. (Berl. Bl.)

Verona, 16. März. Die Eisenbahnstrecke von Verona nach Mantua ist gestern Mittag mit bestem Erfolge probeweise befahren worden.

Uebersicht.

Breslau, 18. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurden die Budget-Berathungen fortgesetzt. Die Etats des Kultusministeriums, der Regierungen und Oberpräsidien, der landwirthschaftlichen Angelegenheiten und des Ministeriums für Handel und Gewerbe wurden bewilligt. Für den evangelischen Kultus wurden 333,813 und für den katholischen 724,605 Rtl. ausgesetzt. Der Kultusminister erklärte, daß das Unterrichtsgesetz sobald noch nicht zu erwarten stehe.

Das Berliner C. B. will Kenntniß von einem Schreiben erhalten haben, welches der Kaiser von Rußland an den Kaiser von Oesterreich neuerdings geschickt haben soll, in welchem Ersterer die Politik Preußens billige und zu der Seinigen mache.

Die Nat.-Ztg. ist der Ansicht, daß die Verhandlungen über die deutsche Verfassungs-Angelegenheit dem Ende nahen. Von Wien soll auf die letzten preußischen Depeschen keine Antwort, sondern die Anzeige des preußischen Gesandten, Grafen Bernstorff, eingegangen sein, daß Fürst Schwarzenberg die Sache mit dem Ministerpräsidenten Manteuffel zu Ende bringen wolle. — In Betreff der Vorschläge der 3. Kommission zu Dresden (für die Handels- und Verkehrsverhältnisse) sind zu Berlin in der letzten Zeit mancherlei Konferenzen zwischen den Ministern und Diplomaten abgehalten worden. — Gestern hat der Ministerpräsident Sr. Majestät dem Könige zu Charlottenburg Bericht erstattet.

In Berlin ist eine Brochüre unter dem Titel „Dresdner Konferenzen" erschienen. Sie veröffentlicht eine Reihe Aktenstücke, aus denen zu ersehen ist, welches Schicksal Deutschland bevorsteht, wenn die in Dresden gemachten Vorschläge verwirklicht werden sollten.

Nachdem General Peucker in Frankfurt a. M. eingetroffen, ist er wieder in die Bundescentralkommission eingetreten, deren Thätigkeit der augenblicklichen Sachlage nach natürlich nicht groß sein kann. — In Betreff des Schicksals der deutschen Flotte ist noch nichts entschieden.

Aus Kassel wird berichtet, daß zwei Stabsoffiziere, welche früher ihre Entlassung genommen, zu einer Art Gefangenschaft in Fulda verurtheilt worden sind. — Die im Gefängniß schmachtenden Mitglieder des ständischen Ausschusses werden nächstens vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Aus Gotha berichtet man, daß der Herzog ein Denkzeichen für Diejenigen habe anfertigen lassen, welche den Feldzug von 1849 in Schleswig mitgemacht haben. — Der bekannte spanische General Cabrera wird sich in Gotha niederlassen.

Die offizielle Hannoversche Ztg. sagt in einem Artikel, der die falschen Meldungen des Berliner C. B. berichtigt, daß die Politik Preußens und die Hannovers in Dresden nicht dieselbe sei; daß Hannover nicht den alten Bundestag, sondern Reformen wolle, wie z. B. eine Volksvertretung bei der Bundesbehörde, ein Reichs-Schiedsgericht 2c.

Die Zahl derer, welche dies Jahr über Bremen nach Amerika auswandern wollen, ist außerordentlich groß, so daß trotz der großen Konkurrenz an Transportmitteln die Ueberfahrts-Preise sehr gestiegen sind. Diese überhandnehmende Auswanderungssucht ist ein klarer Beweis unserer glücklichen Zustände in Deutschland.

Wie uns von der holsteinschen Grenze geschrieben wird, soll der König von Dänemark von dem Berliner und Wiener Kabinet verlangt haben, daß, sobald Holstein pacifizirt, d. h. die holsteinsche Armee entwaffnet und entlassen wäre, die Bundestruppen das Herzogthum räumen möchten. Auch England soll diese Forderung aus merkantilischen Rücksichten unterstützen. — Unser Korrespondent will aus mancherlei Anzeichen schließen, daß die Oesterreicher bald Holstein verlassen würden.

Die Allgem. Ztg. läßt sich von der polnischen Grenze über mancherlei Bewegungen der russischen Armee und über gewaltige Rüstungen in Polen berichten. Fast die ganze russische Armee soll dort versammelt stehen, und man will daraus auf mancherlei wichtige Ereignisse, die uns das Frühjahr oder der Sommer bringen dürfte, schließen. Wir sind in den letzten drei Jahren schon so oft mit dergleichen Geschichten bewirthet worden, daß sie bereits jede Wirkung verloren haben.

Der Transport der deutschen, italienischen und polnischen Flüchtlinge aus der Schweiz nach England oder Amerika hat begonnen. Nur diejenigen Flüchtlinge, welche eine ziemlich bedeutende Kaution stellen können, dürfen in der Schweiz verbleiben.

Von allen Seiten gehen Nachrichten ein, daß sich an der Grenze des Kantons Tessin die Oesterreicher versammeln, und daß sich der „Finanzkordon" auch längs der sardinischen Grenze erstrecken würde. Der Bundesrath hat einen Kommissar nach Tessin abgesandt.

Unter „Wien" theilen wir den Wortlaut des Antwort-Schreibens mit, welches der Fürst Schwarzenberg an den König von Würtemberg gerichtet haben soll.

Am 15. d. Mts. ist wieder eine österreichische Truppen-Abtheilung durch Oberschlesien nach Krakau gegangen.

Frankreich hätte bald ein neues Ministerium erhalten, allein die Unterhandlungen zerschlugen sich und das gegenwärtige Kabinet bleibt bis auf den Finanzminister, der seine Entlassung gefordert und erhalten hat. — In der Nationalversammlung ist der transitorische Gesetzentwurf auf Vertagung der Nationalgarden-Wahlen trotz der heftigen Opposition der Linken angenommen worden. — In Straßburg geht die Entwaffnung der Nationalgarde ruhig vor sich.

In dem Unterhause zu London erklärte Lord Palmerston, daß von den 76 magyarischen Flüchtlingen, welche in der Türkei ein Asyl gefunden haben, 60 die Freiheit erhalten hätten und auch in Betreff der letzten 16 sei dasselbe zu erwarten. Hierauf kam man zur Debatte über die antipäpstliche Bill. Dieselbe wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Die Zahl der Insurgenten in Bosnien ist zu einer bedeutenden Stärke angewachsen.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Dreiundvierzigste Sitzung vom 17. März.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung: 11¼ Uhr.

Die Etats des Kultus-Ministeriums, der Ober-Präsidien und Regierungen, der landwirthschaftlichen Angelegenheiten und des Ministerium für Handel und Gewerbe stehen auf der Tagesordnung. Der Finanzminister überreicht einen Gesetzentwurf, betreffend die Schulden des ehemaligen Freistaats und der Kommune Danzig.

Bei dem Etat des Kultusministeriums ruft eine Bemerkung von Landfermann, daß das Budget der evangelischen Kirche im Verhältniß zu dem der katholischen den Bedürfnissen nicht entspreche, die Gegenbemerkung von Rohden hervor, daß der katholischen Kirche nur ein geringer Theil dessen gewährt werde, was ihr durch Säkularisation ihrer Güter entzogen worden. Präsident Gr. Schwerin macht den Rednern bemerklich, daß die Kammer keine Synode sei, und daß hier nicht zum Austrag gebracht werden könne, was jede Religionsgesellschaft an den Staat für Ansprüche glaube geltend machen zu dürfen. Der Kultusminister hält diesen Standpunkt für begründet, vindicirt aber den Bemerkungen des Abg. Rohden gegenüber der evangelischen Kirche eben so wie der katholischen das Recht, vom Staat die in dem Edikte von 1810 und in späteren Gesetzen anerkannte Gewährung der Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu fordern. Schließlich werden für den evang. Kultus 333,812 Rtl. und für den katholischen 724,605 Rtl. genehmigt. — Bei den Provinzialschulkollegien vermißt Klingenberg in allen Provinzen, wo polnisch redende Einwohner in großer Zahl leben, einen der polnischen Sprache mächtigen Provinzialschulrath, und bei den Universitäten beantragt Graf Cieszkowski, mit Beziehung auf die Provinz Posen, die Einrichtung ähnlicher Anstalten für sämmtliche Provinzen. v. Bodelschwingh macht bemerklich, daß dieser Antrag gegen den von der Kammer beschlossenen Grundsatz, das Budget nicht ferner zu erhöhen, verstoße. Der Antragsteller zieht den Antrag zurück, da der Cultusminister in demselben einen Eingriff in die Befugnisse der Verwaltung erblickt. Im Uebrigen kommt eine Debatte von einiger Erheblichkeit nicht vor. Nur nimmt der Cultusminister noch zu der Aeußerung Anlaß: **daß das Unterrichtsgesetz so bald noch nicht zu erwarten stehe. — Der Etat der Oberpräsidien und der Regierungen, so wie des landwirthschaftlichen Ministeriums rufen keine erwähnenswerthe Diskussion hervor und wird rasch erledigt. Eben so der Etat der Centralverwaltung des Handels, der Gewerbe und öffentlichen Arbeiten.**

Auf eine von einem Abgeordneten ausgesprochene Rüge, daß nicht überall in der Monarchie die als Gesetz verkündete Maaß- und Gewichts-Ordnung mit Strenge gehandhabt werde, bemerkt der Handelsminister: die zur Sprache gekommenen Spezialfälle mögen ihm nur mitgetheilt werden. — v. Bodelschwingh: Nach den öffentlichen Blättern des kölnischen Verwaltungsbezirks werden die Getreidepreise nach kölner Maltern angegeben, obschon dieses Maaß gesetzlich nicht mehr angewendet werden dürfe. — Ein anderer Abgeordneter bemerkt: im Siegkreise bestehe faktisch gar keine Maaß- und Gewichts-Ordnung. — Der Handelsminister erklärt: er werde die Regierungen anweisen, über die richtige Handhabung der Maaß- und Gewichtsordnung streng zu wachen. — **Hierauf wird der Etat für Handel, Gewerbe und Eisenbahn-Angelegenheit in Einnahme mit 94,280 Thlr. und in Ausgabe mit 6,667,089 Thlr. ord. und 1,000,000 Thlr. extraord. für richtig anerkannt.**

(Schluß 3½ Uhr.)

Berlin, 17. März. Der heutige Staats-Anzeiger publizirt das Privilegium wegen Ausgabe von 700,000 Rthl. Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlich österreichischen Hofe, Kammerherrn Grafen v. Bernstorff, den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; dem Regierungs-Haupt-Kassen-Kassirer Wetschky zu Düsseldorf, den Regierungs-Sekretären Feetz zu Koblenz, Exius zu Merseburg, Hensel und Langerbeck zu Köslin den Charakter als Rechnungs-Räthe, so wie den Regierungs-Sekretären Parrhysius zu Erfurt und Schönstedt zu Magdeburg den Charakter als Kanzlei-Räthe beizulegen.

Die Ziehung der 3. Klasse 103. königlichen Klassen-Lotterie wird den 25. März d. J., Morgens 8 Uhr, im Ziehungs-Saal des Lotteriehauses ihren Anfang nehmen.

[In der deutschen Frage] soll nach der N.-Z. das Ende des letzten Stadiums nahen. Es wurde hier zu Anfang dieser Woche eine Rückäußerung von österreichischer Seite auf die am 9. nach Wien abgegangenen umfassenden Erklärungen erwartet. Statt dessen ist jedoch, wie wir aus guter Quelle vernehmen, vorgestern eine Depesche des Grafen Bernstorff angelangt, nach welcher Fürst Schwarzenberg diesen Schriftwechsel nicht länger fortzuführen beabsichtigt, sondern bei einer nahen neuen Zusammenkunft in Dresden die noch schwebenden Differenzen durch persönliche Verhandlung mit Herrn v. Manteuffel zu erledigen hofft. Hiernach muß angenommen werden, daß Oesterreich sich in der Lage glaubt, nun wieder mit Aussicht auf Erfolg eine weitere Initiative zu ergreifen. Es fehlen über deren näheren Charakter noch die bestimmteren Andeutungen. — Zugleich sind die Verhandlungen über die materiellen Interessen in Dresden zu einem Ergebnisse gelangt, welches in dem Berichte der dritten Kommission vorliegt.*) Herr Delbrück befindet sich seit einigen Tagen hier, um über die weitere Haltung ihren Propositionen gegenüber ausgedehntere Instruktionen einzuholen. Es fand bereits vorgestern Abend in dieser Angelegenheit eine Konferenz des Herrn Delbrück mit Herrn v. Manteuffel und Herrn v. d. Heydt statt. Gestern Abend erfolgte eine Fortsetzung dieser Besprechungen, an welchen nun auch der Finanz-Minister Theil nahm. — Außerdem fand gestern Mittag ein mehrstündiger Ministerrath statt. Heute morgen begab sich Herr v. Manteuffel nach Charlottenburg.

Das C. B. scheint sehr erfreut, daß Preußens deutsche Politik jetzt den Beifall Rußlands hat. Es meldet von einem Briefe des russischen Kaisers an den österreichischen, welcher, eingehend auf die Sachlage, indem er die Erledigung der schwebenden Fragen wünscht, unzweideutig die Erklärung abgiebt, daß die von Preußen jetzt geltend gemachten Rechte eben so begründete seien, als die, für welche der Kaiser von Rußland seinem Verbündeten (Oesterreich) beigestanden sei. Wie Oesterreich sei ihm Preußen verbündet, und die Stellung, die dieses einnehme, müsse erhalten werden, wer Planen, diese Stellung zu verrücken, Vorschub leiste, sei sein Feind. — So schreibt das C. B.

Die D. A. Z. macht folgende sehr treffende Bemerkung: „Es sieht wahrhaft komisch aus, daß die Preußische Zeitung (bekanntlich als Deutsche Reform schlafen gegangen) einen Artikel der neuen Bremer Zeitung über die preußische Denkschrift abdruckt, der sich sehr belobigend darüber ausspricht. Und doch hatte die Preußische Zeitung zwei Tage vorher das Dasein dieser Denkschrift gänzlich abgeleugnet! — — —

Berlin, 17. März. [Tagesbericht.] Die Kronfidei-Kommiß-Rente ist in der Central-Budget-Kommission ohne alle Debatte auf den vorveranschlagten Betrag von 2,573,099 Thlr. für 1851 für richtig anerkannt worden. Hinsichtlich des Dispositionsfonds Sr. Maj. des Königs hat die Kommission angetragen: die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß der Bestand des Fonds in Zukunft nachgewiesen werde. Diese Erwartung ist schon im vorigen Jahre ausgesprochen worden, jedoch hat der diesjährige Etat derselben nicht genügt. (C. B.)

Der Legationssekretär Baron Rosenberg wird nicht nach Wien zurückkehren. Derselbe ging im November dorthin, um interimistisch den Posten des Grafen Bernstorff zu übernehmen, dessen Abberufung jedoch seitdem fortwährend verschoben worden ist. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Hr. v. Rosenberg nach Hannover geht, wo jetzt Graf Nostiz als außerordentlicher Gesandter fungirt. (N.-Z.)

Der Legationsrath Graf v. Flemming ist am letzten Sonnabend von Dresden hier eingetroffen.

Der Major v. Deetz, Kommandant von Frankfurt a. M., ist von dort gestern hier eingetroffen und hatte heute früh eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten. (N. Pr. Z.)

Seitens des Herrn Kriegsministers sind unterm 15. d. Mts. abermalige Bestimmungen wegen Reduktion der Truppen zur Erleichterung der Staatskassen getroffen worden.

Die am 17. v. Mts. abgehaltene Wahl eines Abgeordneten zur ersten Kammer im 3ten Düsseldorfer Wahlbezirk an Stelle des Dombechanten Dr. Ritter zu Breslau war auf den Gutsbesitzer v. Bianco zu Köln gefallen. Derselbe hat jedoch abgelehnt, weshalb ein neuer Wahltermin angesetzt worden ist.

Am 14. d. Mts. kamen hier 420 Personen an und reisten 384 ab. Am 15. kamen 431 an und reisten 398 ab. Angekommen: der k. k. österr. Kabinets-Kourier Leyden von Dresden. Abgereist: der königl. großbrit. Kabinets-Kourier Drury nach St. Petersburg. (C. C.)

Man schreibt der C. C. aus Posen: Die Arbeiten an der Obra sind den Winter über kräftig fortgesetzt worden und haben erst seit Ende Februar wegen des eingetretenen Schneefalles eingestellt werden müssen. — Die neue Grenzbesetzung ist russischer Seits nunmehr vollständig zur Ausführung gekommen. — Die früheren polnischen Grenzbeamten sind in den höheren Stellen durchweg durch Russen ersetzt worden. Erstere haben, wenn sie weiter zu dienen sich bereit erklärten, einen Revers unterschreiben müssen, wodurch sie auch einer Versetzung nach Rußland sich unterwerfen. Die russischen Obergrenzbeamten, sowie die Gendarmerie-Offiziere sprechen meist deutsch; andernfalls würde eine Verständigung mit ihnen kaum möglich sein, da an der Grenze Niemand russisch versteht. Die Zoll- und Paßregister werden in russischer Sprache geführt und die Abfertigung an der Grenze ist umständlich und zeitraubend. Von Truppen stehen in dem Koniner Kreise nach wie vor zwei Regimenter Husaren, in Konin das Olga-Polk (Kosaken); nach Wroclaweck an der Weichsel ist der Stab eines in der Stadt und Umgegend einquartierten Infanterie-Regiments verlegt worden.

Köln, 15. März. [Freisprechung.] Der verantwortliche Herausgeber der Kölnischen Zeitung ist durch den Anklagesenat des hiesigen Appellationsgerichts von der Anschuldigung, durch den Abdruck der Vertheidigungsrede ein Preßvergehen begangen zu haben, freigesprochen worden. Dasselbe Gericht hat auch die schwerste Anklage gegen Becker wegen dieser Rede, eine Anklage, die sogar krimineller Natur war, als unbegründet zurückgewiesen, so daß nur zwei leichtere Beschuldigungen gegen Becker übrig bleiben, über die wohl erst im Juli vor den Geschworenen verhandelt werden dürfte. Von einer Verhaftung Becker's ist deshalb auch Abstand genommen worden. (D. A. Z.)

*) Die offizielle Hannoversche Zeitung bemerkt über diese Vorschläge der dritten Kommission Folgendes: „Wie uns versichert wird, sind die Beschlüsse (der Sache nach eigentlich nur Vorschläge), worüber die dritte Kommission in Dresden sich geeinigt hat, sehr wenig umfassender und nichts weniger als beunruhigender Art. Sie werden eben deshalb nach anderen Seiten hin wenig befriedigen. Es ist nicht die Rede von Unterwerfung der einzelnen Staaten unter Mehrheitsbeschlüsse, von den Flußzöllen in befürchteter Weise, oder gar von Tabaksmonopol u. dgl. gefährlichen Dingen."

Deutschland.

[Dresdener Konferenzen.] Der Schleier, so schreibt die C. Ztg., lüftet sich allmälig, der das Heiligthum, nicht von Saïs, aber von Dresden verhüllt. Die eben ausgegebene Broschüre **„Die Dresdener Konferenzen"** bringt eine Reihe von Urkunden, welche gerade zu rechter Zeit erscheinen, um uns den Abgrund zu zeigen, der das gesammte deutsche Verfassungsleben zu verschlingen droht. Die Annahme des Vorschlags der zweiten Kommission, in welcher Preußen den Vorsitz führt, daß sämmtliche Bundesglieder die Verpflichtung anerkennen, **„nachdem es notorisch ist, daß in mehreren Verfassungen und Landesgesetzen, besonders seit dem Jahre 1848, Bestimmungen aufgenommen sind, welche mit den Grundsätzen des Bundes nicht im Einklang stehen, die erforderliche Abänderung der betreffenden Bestimmungen zu bewirken"**, die Annahme dieses Vorschlages wäre der Stein auf dem Grabe der deutschen Freiheit. Wir heben einstweilen diese **„Vorschläge der Subkommission, betreffend das Verhältniß der Bundes- zur Landes-Gesetzgebung"**, heraus:

1. Da nach Art. 55 der Schluß-Akte die Ordnung der landständischen Verfassungen als innere Landesangelegenheit zwar den souveränen Fürsten der Bundesstaaten überlassen bleibt, dagegen die inneren Staatseinrichtungen der deutschen Bundesstaaten weder dem Zweck des Bundes, wie solcher im Artikel 2 der Bundesakte und Artikel 1 der Schlußakte ausgesprochen ist, irgend einen Eintrag thun, noch überhaupt die im Bunde vereinten souveränen Fürsten in Erfüllung ihrer bundesmäßigen Verpflichtungen durch eine landständische Verfassung gehindert und beschränkt werden dürfen (Art. 53 und 58 der Schlußakte), da ferner die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß und der Souverän, durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann (Art. 57 der Schlußakte), die Bundesverfassung aber außer den Art. 26 der Schlußakte angeführten Fällen und außer dem Fall einer übernommenen besonderen Garantie (Art. 60 der Schlußakte) berechtigt und verpflichtet ist, in landständischen Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen zur Aufrechthaltung der über den Art. 13 der Bundesakte festgesetzten Bestimmungen einzuwirken (Art. 61 der Schlußakte), diese Bestimmungen auch auf die freien Städte insoweit anwendbar sind, als die besonderen Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen (Art. 62 der Schlußakte), nachdem es endlich notorisch ist, daß in mehreren Verfassungen und Landesgesetzen der Bundesstaaten, besonders seit dem Jahre 1848, Bestimmungen aufgenommen worden sind, welche mit den Grundsätzen des Bundes und den übernommenen bundesmäßigen Verpflichtungen nicht im Einklang stehen: so erkennen sämmtliche Bundesglieder die Verpflichtung an, die erforderliche Abänderung der betreffenden Bestimmungen ihrer Verfassungen und Gesetze zu bewirken, auch der Bundesversammlung davon Anzeige zu machen, daß und in welcher Beziehung dies geschehen, oder zu begründen, daß eine solche Abänderung nicht erforderlich war. Im Fall eine solche als nothwendig erkannte Abänderung auf Hindernisse stoßen sollte, welche sich auf landesverfassungsmäßigem Wege nicht beseitigen ließen, hat die betreffende Bundesregierung hiervon gleichfalls der Bundesversammlung Anzeige zu erstatten, welche sodann den vorliegenden Fall in Berathung zu nehmen und innerhalb ihrer grundgesetzlichen Kompetenz die Mittel und Wege, wie eine Abänderung zu bewirken sei, zu beschließen hat.

2. In den Fällen, wo zwischen einer Bundesregierung und deren Ständen ein nicht auf dem verfassungsmäßigen Wege zu lösender Streit über Auslegung oder Anwendung der Verfassung entsteht, haben sowohl die Landesregierung als die Stände das Recht, die streitige Frage der Bundesversammlung vorzulegen, welche sodann eine Vermittelung zu versuchen, eventuell die Streitfrage zur . . . gerichtlichen Entscheidung zu verweisen hat.

3. Da nach dem Geiste des Artikel 57 der Schlußakte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Artikel 58 ausspricht, keinem deutschen Souveräne durch die Landstände die erforderlichen Mittel zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung verweigert werden dürfen, so ist jede allgemeine Steuerverweigerung von Seiten der Stände als eine die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung unmöglich machende Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung zu betrachten und hiergegen nöthigenfalls nach Maßgabe des Art. 25 der Schlußakte einzuschreiten. In Fällen, wo die Stände eines Landes die erforderlichen Mittel zu einer bestimmten Ausgabe verweigern, welche die Regierung im Interesse des Landes zu einer wohlgeordneten Regierung für unumgänglich nothwendig hält, haben sowohl die Regierung als die Stände das Recht, die streitige Frage der Bundesversammlung vorzutragen, welche sodann eine Vermittelung zu versuchen, eventuell die Streitfrage zur . . . . gerichtlichen Entscheidung zu verweisen hat. Bis die Vermittelung oder die gerichtliche Entscheidung erfolgt ist, dürfen die bisher zu demselben Zweck verwilligten Geldmittel nicht verweigert werden.

4. Da nach Art. 52, 57 und 58 der Schluß-Akte die zur Erfüllung der bundesverfassungsmäßigen Leistungen erforderlichen Geldbeiträge von den Ständen nicht verweigert werden dürfen, eine der wichtigsten Pflichten der Bundesglieder aber in Bereithaltung der zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen Bundesstaaten nothwendigen Militär-Kontingente besteht (Art. 2 der Bundes-Akte, Art. 1 und 35 der S.-A., Bundes-Kriegsverfassung vom 9. April 1821) und die Bundesversammlung verpflichtet ist, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden organischen Einrichtungen zu beschließen (Art. 51 der Schluß-Akte), so dürfen die im Bunde vereinten souveränen Fürsten und freien Städte ihrer bundesmäßigen Verpflichtung in dieser Beziehung in keiner Weise beschränkt werden. In dem Fall aber, wenn die Stände zwar die bundesmäßige Ver-

pflichtung im Allgemeinen anerkennen, jedoch einzelne von der Regierung zu genügender Erfüllung dieser Bundespflicht als nothwendig verlangte Geldleistungen aus dem Grunde verweigern, weil der Bundespflicht auch ohne diese genügend nachgekommen werden könne, hat die betreffende Bundesregierung den speziellen Fall der Bundesversammlung vorzulegen, welche hierüber maßgebend beschließt.

5. Wenn in den, in den Art. 25, 26 und 28 der Schlußakte bezeichneten Fällen ein Einschreiten des Bundes zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in einzelnen Bundesstaaten erforderlich wird, so hat die Bundesversammlung die Ursache der eingetretenen Störung zu ermitteln, und im Fall diese in mangelhaften Bestimmungen der Landesverfassung oder der Landesgesetze gefunden wird, eine Aenderung derselben zu veranlassen.

Frankfurt a. M., 14. März. [Verschiedenes.] General Peucker ist gestern Abend wieder hier eingetroffen und in die Bundescentralkommission zurückgetreten. Die Thätigkeit dieser Kommission ist nach wie vor dieselbe; größere Regsamkeit, die man ihr da und dort zugeschrieben, ist Verkennung ihrer Befugnisse. Die Matrikularumlagen gehen sehr langsam ein: namentlich macht Baiern abermals Schwierigkeiten. Die Matrikularbeiträge sind für den Gesammtbedarf festgestellt und für das erste Halbjahr 1851 theils gezahlt, theils in Aussicht gestellt, sie werden nicht für einzelne Monate gezahlt. Das Haus Rothschild oder direkt die Einzeln-Regierungen leisten diese Zahlungen, für welche von der „Bundes-Kassen-Verwaltung" quittirt wird. Die Mitglieder der Bundes-Central-Kommission unterzeichnen gar nicht diese Quittungen. Graf Thun aber steht in keiner amtlichen Beziehung zu der von den Großmächten Oesterreich und Preußen mit der Verwaltung des Bundeseigenthums betrauten Bundes-Central-Kommission. — Das Geschick der deutschen Flotte scheint auch bald regulirt werden zu sollen, Definitives ist noch nicht bestimmt. — Herr v. Savigny ist heute hier durch auf seinen Gesandtschaftsposten nach Karlsruhe zurückgereist. — Es heißt, daß die Zollkonferenz in Wiesbaden sich auch noch mit dem holländischen Handels- und Schifffahrtsvertrage beschäftigen dürfte. (Preuß. Z.)

** **Kassel**, 16. März. [Tagesbericht.] Die in Disponibilität gestellten Offiziere, Oberst d'Orville und Oberstlieutenant Hildebrand, haben die Stadt Fulda als Aufenthaltsort mit der Weisung zugetheilt erhalten, ohne höchste Genehmigung den Ort nicht zu verlassen. — Ueber den Gang der Untersuchung gegen die Mitglieder des permanenten Ausschusses vernimmt man so viel, daß die betreffenden Akten vom ersten Kriegsgerichte dem zweiten mit der Bestimmung zurückgeschickt worden sein sollen, daß die Angelegenheit von letzterem abzuurtheilen sei und seine strafrichterliche Kompetenz nicht überschreite. Da nun die Kompetenz dieses Gerichts in Ertheilung von Strafen bis zu drei Monat geht, so läßt sich das Schicksal der Inhaftirten mit ziemlicher Gewißheit schon jetzt vorhersehen.

Gotha, 15. März. [Gedenkzeichen. — Cabrera.] Unser Herzog läßt jetzt ein Gedenkzeichen für die Mannschaft der hiesigen Bataillone anfertigen, welche mit ihm im Frühjahr 1849 an dem Feldzuge in Schleswig Theil genommen haben. Dieses Gedenkzeichen ist ein Kreuz (von Silber für die Offiziere, von Bronze für die Gemeinen), welches auf der einen Seite den Namenszug des Herzogs mit dem Worte „Eckernförde" und einem Anker, auf der andern eine Krone und die mit einem Lobeerkranze umschlungenen Worte „den 5. April" enthält. Dieses Kreuz wird an einem schwarz-grün-orangenen Bande getragen und am 5. April d. J., dem Jahrestage des Eckernförder Gefechts, an die Betheiligten verliehen. — Nach der Mittheilung eines hiesigen Lokalblattes beabsichtigt eine europäische Notabilität, der bekannte spanische Feldherr Cabrera, sich für die Zukunft hier niederzulassen. Die Anregung hierzu ist vom General Rahden ausgegangen, der seit dem schleswig-holsteinischen Kriege 1849 unter der Protektion des Herzogs sich hier ebenfalls aufhält und ein früherer Kriegsgenosse Cabrera's ist. (Leipz. Z.)

Karlsruhe, 15. März. Das Regierungsblatt meldet heute amtlich die bereits gemeldete Ernennung des geh. Legationsraths Franz v. Andlaw, unter Beförderung desselben zum geh. Rath, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Wiener Hofe.

Hannover, 15. März. [Offizielle Berichtigung.] Die Hannoversche Zeitung meldet zur Berichtigung eines auch in d. Bl. mitgetheilten Artikels des Berliner C. B. „Von den freundschaftlichen Beziehungen der beiden Höfe (Preußen und Hannover), welche bestehen und, wie wir wünschen und hoffen, vollständig wieder hergestellt sind, reden wir nicht. Was aber die preußische und hannoversche deutsche Politik in Dresden anbelangt, so ist bekannt genug, daß sie leider sehr wesentlich differirt haben. Hannover wünscht und betreibt eine das wirklich vorhandene Bedürfniß befriedigende Revision der älteren Verfassung, eine Volksvertretung bei der Centralgewalt, ein Reichsgericht u. s. f. — Hannover widersetzt sich dem Dualismus, der Zweitheilung Deutschlands, der einfachen Rückkehr zum unreformirten Bundestage u. s. f. — Ueber die Zoll- und Handelsfragen wird in Dresden traktirt und die dritte Kommission ist so eben mit ihren Vorschlägen fertig geworden. Dort unterhandelt Hannover. Daß nebenher in Hannover etwas „angebahnt" werde, ist eben so wenig wahr, als man hier etwas von der Anwesenheit eines mit einer handelspolitischen Mission betrauten höheren preußischen Beamten weiß. An der Nachricht, die Erbfolge in Hannover betreffend, ist kein wahres Wort. Will man damit in Hannover bange machen, so — gilt das hier nicht."

† **Bremen**, 16. März. Der Andrang der Auswanderer ist noch viel stärker, als erwartet wurde. Passagiere, welche sich nicht schon in ihrer Heimath Schiffsplätze gesichert hatten, zahlten nach New-York 38—40 Rtl. Gold, und obgleich alle disponiblen Schiffe für Passagiere in Ladung lagen, genügten die Schiffsräume nicht, um dem Bedürfniß zu entsprechen, so daß viele Personen bis zur nächsten Expedition am 1. April zu warten genöthigt sind. Dieser ungeheure Zufluß von Auswanderern übt großen Einfluß auf ein rapides Steigen der Ueberfahrtspreise, deren größte Höhe um so weniger erreicht sein wird, als zu erwarten steht, daß die Schiffe, bei der allen Nachrichten zu Folge in den Monaten April und Mai eher zunehmenden als fallenden Auswanderung kaum ausreichen dürften. Es ist eine fast noch nicht dagewesene Erscheinung, daß die Fahrpreise nach New-York gleich oder sogar größer sind, als die nach New-Orleans und Texas.

□ **Von der Niederelbe**, 16. März. Kopenhagener Privatbriefe theilen übereinstimmend mit, daß der König von Dänemark in Berlin und Wien das Verlangen gestellt habe: nachdem das Land pazifizirt, bezügl. die Armee entwaffnet sei, der Zeitpunkt gekommen wäre, wo beider Regierungen Truppen Holstein wieder zu räumen hätten; um die fernere Ruhe aufrecht zu erhalten, genüge dänisches Militär. Diese Note finde noch außerdem, heißt es darin weiter, eine energische Unterstützung an England, welches aus merkantilischen Gründen die Zurückziehung der österreichischen Truppen aus dem ganzen Norden fordere. Was deutscherseits hierauf geschehen wird, läßt sich schwer sagen. Die Thatsache, daß Oesterreich für seine militärischen Mehrvorräthe im Norden auf der Hamburger Börse soeben eine Auktion angesetzt, möchte für seinen Rückzug aus dem Norden sprechen. In wieweit die jüngsten Ab- und vielen Umzüge des österreichischen Militärs hiermit im Zusammenhange stehen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Auf der andern Seite möchten aber hinter den noch immer anhaltenden Desertionen, die man, wahrscheinlich übertrieben, in den Hunderten zählt, in die Waagschale fallen, wenn auch mehr in Betreff der Zurückziehung unverläßlicher Truppentheile. Beachtenswerth ist bei diesem Sachverhalte noch das Gerücht, welchem zufolge bis zum 1. Mai d. J. in unserem Lande kein Oesterreicher mehr zu erblicken sein würde.

Oesterreich.

Wien, 15. März. [Ein Antwortschreiben des Fürsten Schwarzenberg.] Mehrere deutsche Blätter veröffentlichen die Abschrift eines Schreibens, welches der österreichische Minister-Präsident Fürst Schwarzenberg an den König von Württemberg als Beantwortung des bekannten, von den Journalen veröffentlichten Briefes gerichtet haben soll. Wir theilen das umfangreiche Dokument vollständig mit:

Königliche Majestät! Das Schreiben vom 18. d. M., womit Ew. königliche Majestät mich zu beehren geruht haben, ist für mich ein unschätzbarer Beweis des höchsten Vertrauens und ein neues Denkmal der innigen und warmen Theilnahme Ew. Majestät an dem Wohle des gesammen deutschen Vaterlandes. Je mehr ich in dieser doppelten Beziehung den Werth und das Gewicht dieser königlichen Worte zu erkennen mir bewußt bin, desto schmerzlicher ist es für mich, daß meine Ansicht über die Mittel zur Erreichung des von allen deutschen Fürsten und Regierungen, sowie nicht minder von allen wohlgesinnten Deutschen angestrebten Zieles sich nicht der Zustimmung Ew. Majestät zu erfreuen hat. Es ist der schlagendste Beweis der Schwierigkeit unserer Aufgabe, welche die neue Ordnung der deutschen Verhältnisse bezweckt, daß über solche Hauptpunkte, wie die in dem Schreiben Ew. Majestät behandelte, bei dem gemeinsamen Bewußtsein des besten Willens und der sorgfältigsten Erwägung dennoch eine so bedeutende Verschiedenheit der Ansichten zur Erscheinung kommt. Die Offenheit, womit Ew. Majestät Höchstihre Beurtheilung dieses Gegenstandes auszusprechen geruht haben, legt mir die Pflicht auf, auch meiner Seits ohne Rückhalt, so viel es die Grenzen dieses Ortes gestatten, die Hauptgründe meiner Ueberzeugung in Betreff derselben Angelegenheit, Ew. Majestät ehrerbietigst vorzutragen.

Die Reform der Bundesakte, welche Ew. Majestät sowohl vor als nach den bedauerlichen Ereignissen des Jahres 1848 für nöthig gehalten haben, ist als ein allgemeines Bedürfniß anerkannt worden, und es ist eben so sehr mein Wunsch, als mein Bestreben, daß man nicht durch die entgegenstehenden Schwierigkeiten sich von der Verwirklichung dieser anerkannten und in verschiedener Form von allen Seiten zugesagten Reform abhalten lasse. Eine Revision des 13. Artikels der Bundesakte, welche Ew. Majestät gleichfalls für unerläßlich halten, ist gleichsam von selbst durch den Gang der Ereignisse faktisch schon eingetreten. Das Prinzip einer landständischen Vertretung ist in allen deutschen Staaten zu einer viel kräftigeren Entwickelung, als früher der Fall war, gekommen. Der große Unterschied, welcher in dieser Beziehung zwischen den beiden größten deutschen Staaten und den übrigen Staaten stattfand, kann theils als schon wirklich aufgehoben gelten, theils sind solche Veränderungen daselbst eingetreten, daß die weitere Entwickelung einer größeren politischen Freiheit vollständig gesichert ist. Die große Frage ist bei allen diesen jedoch immer, ob die landständische Vertretung auf das föderalistische Band im Ganzen anzuwenden sei oder nicht.

Wenn durch eine solche Einrichtung die einzelnen zersplitternden, unfruchtbaren und verwirrenden Kräfte der verschiedenen Ständekammern in ein einiges oberstes National-Parlament wirklich zusammengefaßt würden, ja wenn zur Erreichung dieses Zieles auch nur die gegründete Hoffnung vorhanden wäre, dann gäbe es keine dringendere Forderung, als ein solches National-Parlament sobald als nur immer möglich zu errichten. Zeigt sich aber die Hoffnung auf Erreichung dieses Zieles auf dem angegebenen Wege als ganz schwankend und ungewiß, so wird man in demselben Grade bei der Annahme und Anwendung dieses Mittels höchst behutsam und zurückhaltend sein müssen. Ergiebt sich jedoch als Resultat wiederholter Prüfung, daß die Errichtung eines National-Parlaments in Deutschland die Einigung der einzelnen zersplitterten, unfruchtbaren und verwirrenden Kräfte nicht bewirken, sondern im Gegentheil den deutschen Bund der Uneinigkeit oder dem Umsturz zuführen würde: so ist für diejenigen, welchen sich diese Ueberzeugung aufdrängt, die Pflicht gegeben, diesen Weg, so einladend er auch in mancher Beziehung sich darstellen mag, nicht einzuschlagen, sondern statt dessen die Begründung der Macht und der Einigkeit der deutschen Staaten auf anderm Wege zu erstreben.

Jene Ueberzeugung hat sich bei mir fest gebildet auf dem Grunde wiederholter reiflicher Erwägung der deutschen Staatsverhältnisse, wie sie rechtlich und thatsächlich bestehen, so wie in Betrachtung der Vorgänge der letzten Jahre und unsers ganzen gesellschaftlichen und politischen Zustandes in Deutschland. Somit war für mich auch zugleich die Pflicht gegeben, an der Stelle, wozu mich das Vertrauen und die Gnade meines Herrn und Kaisers berufen hat, dieser Ueberzeugung gemäß zu wirken. Was Ew. Majestät zur Empfehlung eines obersten deutschen Nationalparlaments zu sagen geruhen, läßt es um so mehr bedauern, daß dieser schönen patriotischen Idee für jetzt wenigstens unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Verwirklichung entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten sind von doppelter Art: sie beziehen sich eines Theils auf die Organisation eines deutschen Nationalparlaments an sich und andern Theils auf das Verhältniß des Nationalparlaments zu den einzelnen deutschen Staaten. Wenn es zur wirklichen Errichtung eines Nationalparlaments käme, so böten sich eine Menge von Kombinationen dar, welche sich jedoch im Allgemeinen vorzugsweise auf zwei Hauptformen zurückführen ließen, als deren Repräsentanten der Kürze wegen das englische System und das französische System hier genannt werden sollen. Denken wir uns ein deutsches Parlament im Geiste des letzten Systems, wie auch die einzelnen Modalitäten sein mögen, immerhin aber nach einer abstrakten Theorie angelegt und mit dem Uebergewichte des demokratischen Elements, so zeigt die Geschichte jenes Systems in seinem Heimathlande, welchen Wechselfällen, welchen verhängnißvollen Erschütterungen es ausgesetzt ist, wie wenig Garantie es für eine stetige, friedliche Entwickelung der Volkszustände gewährt.

Wenn dieses System in einem Einheitsstaate solche unheilvollen Folgen mit sich führt, so müßten sich dieselben in einem Staatenbunde in noch viel größerem Maße zeigen. Wollte man das englische System zur Richtschnur nehmen, oder mit andern Worten, wollte man die Organisation des Parlamentes mehr auf konservative Elemente stützen, welche sich entweder aus früheren historischen Zuständen noch erhalten oder in unseren gegenwärtigen Zuständen sich neu gebildet haben, so entsteht die doppelte Frage, ob man auf diesem Wege unter den gegenwärtigen Umständen und Stimmungen überhaupt nur voranschreiten könnte, und wenn man dies auch unternähme, ob es genügend geschehen könnte, abgesehen von der großen Verschiedenheit der in den verschiedenen Theilen Deutschlands gegebenen Vorbedingungen zur Einführung einer Nationalrepräsentation und den daraus entspringenden Hindernissen einer gemeinsamen Grundlage der Organisation derselben. Die zweite Art der oben angedeuteten Schwierigkeiten, welche auf dem Verhältnisse des Nationalparlaments zu den einzelnen Staaten beruhen, stellt sich als noch schwerer zu besiegen dar.

Es mag genügen, dabei nur daran zu erinnern, daß in dieser Beziehung die Aufgabe darin bestehen würde, eine gemeinschaftliche parlamentarische Vertretung zu errichten, nicht für einen Bundesstaat, bestehend aus Theilen von ganz verschiedenen Dimensionen und Interessen, was schon eine höchst schwierige Aufgabe wäre, sondern für einen Staatenbund, und noch außerdem für einen Staatenbund, bestehend aus Staaten von gleichfalls ganz verschiedenen Dimensionen und Interessen. Die Lösung einer solchen Aufgabe wird man in der Geschichte vergeblich suchen, noch ist Hoffnung vorhanden, sie jetzt für Deutschland zu finden mitten in den sich durchkreuzenden Meinungen, Leidenschaften und Interessen. Würde ungeachtet dieser entgegenstehenden unermeßlichen Schwierigkeiten dennoch ein Versuch zur Lösung dieser Aufgabe gemacht, so könnte die Folge davon nur eine dieser beiden Eventualitäten sein: entweder bei einem kräftigen Nationalparlament ein unnöthiges und bedenkliches Spiel mit politischen Formen und eine weitere Complication eines schon mehr, als ersprießlich ist, complicirten politischen Systemes, oder bei einem unkräftigen Nationalparlament der Anfang einer ganz neuen Gestaltung Deutschlands, welche aber nicht in friedlicher Entwicklung vor sich ginge, sondern bei welcher das Hereinbrechen revolutionärer Stürme unausbleiblich gewiß, das Ende und das Resultat derselben aber für das Wohl, ja für den Bestand Deutschlands ganz ungewiß wäre. Auch ich bin von der Wahrheit überzeugt, welche Ew. Majestät aussprechen, daß in unsern Tagen die bloße physische Gewalt kein Gemeinwesen aufrecht zu erhalten vermag; aber anderer Seits vertraue ich auch dem besseren Geist der Zeit, der mehr und mehr heranreifenden und sich verbreitenden besseren Einsicht, wodurch alle Gutgesinnten geleitet sich davon überzeugen werden, daß es heilsamer ist, die einmal gegebenen und nur durch einen völligen Umsturz zu beseitigenden Grundlagen des Bestehenden bei dem aufzuführenden neuen Gebäude ehemöglichst gut zu benützen, als ganz unausführbare oder nur mit der höchsten Gefahr zu verfolgende Ideale verwirklichen zu wollen. Auch wenn für jetzt kein oberstes deutsches National-Parlament errichtet wird, so kann und soll darum doch Wesentliches geschehen zur Verbesserung und Befestigung des moralischen und politischen Bandes, welches den gesammten deutschen Bund umschlingt. Dahin gehört die Reform der Bundes-Verfassung hinsichtlich der zu weit ausgedehnten Forderung der Stimmen-Einhelligkeit bei zu fassenden Beschlüssen; ferner die stärkere Konzentrirung der Stimmen des engeren Rathes und der Exekutiv-Gewalt des Bundes; nicht minder, um Anderes nicht zu erwähnen, blieben auch, wenn man auf ein National-Parlament verzichten müßte, dadurch für einzelne wichtige Gegenstände und Kreise der öffentlichen Thätigkeit Zusammenberufungen von Notabeln und Vertrauensmännern aus der Gesammtheit der Nation nicht ausgeschlossen. Von besonderer Wichtigkeit wird aber in dieser Beziehung immer die Regelung der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse sein. Die Pflege der materiellen Interessen für sich allein ist allerdings nicht im Stande, die Revolution zu besiegen und Umwälzungen zu verhüten. Die Natur des Menschen bringt es nothwendig mit sich, daß es letzter Instanz vielmehr immer höhere geistige Interessen sind, in welcher Verunstaltung und Verkehrtheit sie auch oft in die Erscheinung treten mögen, welche die Welt in Bewegung und auch wieder in Ruhe bringen. Aber darum hat dennoch die Pflege der materiellen Interessen von Seiten der Regierungen, sowohl überhaupt als namentlich in der gegenwärtigen Zeit die größte Wichtigkeit anzusprechen. Dahin zu wirken, daß materielle Noth, daß die Verkümmerung der physischen Bedingungen des menschlichen Daseins möglichst gemildert und beseitigt werde, wird immer nicht minder eine Pflicht der Menschlichkeit, als eine Aufgabe der Staatsweisheit sein; in der gegenwärtigen Zeit, wo die revolutionären Bestrebungen überall den Pauperismus und das Proletariat als Bundesgenossen und Werkzeuge zu benutzen suchen, ist dies um so mehr der Fall. Für Deutschland schließt aber die Pflege der materiellen Interessen durch Anbahnung und endliche Erreichung eines gemeinsamen, alle einzelnen Theile umfassenden Zoll- und Handelssystems zugleich die Grundlage und unerläßliche Vorbedingung der besseren nationalen Einigung und Machtentfaltung in sich. Diese Angelegenheit gehört gewiß zu den obersten Angelegenheiten des staatlichen Gesammtlebens, und wenn bei weiterem Voranschreiten auf der Bahn nach diesem Ziele einmal eine Vertretung der Intelligenzen und Interessen der Gesammtheit in diesem bestimmt umschriebenen aber großen Kreise zu Stande gebracht werden könnte, so wäre damit zugleich der Nation etwas Wesentliches von dem ihr gebührenden und von Ew. Majestät gewünschten Selbstantheil an den obersten Angelegenheiten ihres staatlichen Gesammtlebens gegeben. Dieser Antheil ist aber auch im Allgemeinen, selbst wenn kein Nationalparlament besteht und wenn nur die übrigen Reformen der Bundesverfassung zur Ausführung kommen, nicht ausgeschlossen; er findet vielmehr, wenn auch nicht direkt, doch indirekt durch die Einwirkung der landständischen Vertretungen in den einzelnen Staaten auf die betreffenden Regierungen und deren Bundespolitik statt. Wenn wir auf dem bisher angedeuteten Wege bei der Behandlung der deutschen Angelegenheiten voranschreiten, so wird darin nicht die Einführung oder Rückkehr dessen liegen, was zu spät kommt oder sich überlebt hat. Wir werden vielmehr die bisherige Verfassung des Bundes oder seine Existenz der Gefahr des Umsturzes, jedenfalls aber einer ganz ungewissen Zukunft preisgeben, durch neue Institutionen, wo sie fehlerhaft war, verbessern, wo sie ungenügend war, vervollständigen, und dadurch zugleich Keime künftiger Entwickelungen gewinnen.

Wenn die deutschen Fürsten und Regierungen alles Dasjenige zur Verbesserung des politischen Zustandes Deutschlands thun, was sich mit Sicherheit, was sich, ohne neue Gefahren und Stürme heraufzubeschwören, thun läßt, so wird der einsichtsvolle und wohlgesinnte Theil der Nation im Gewinn und Genuß des sichern, wenn auch bescheideneren Maßes wirklicher Verbesserungen für jetzt gerne auf weiter gehende Entwürfe verzichten, welche theils jetzt schon durch die gemachten Erfahrungen in anderem Lichte als früher erscheinen, theils als unausführbar sich zeigen.

In der Hoffnung auf diesen einsichtsvollen und wohlgesinnten Theil der Nation, im Vertrauen auf die Fürsten Deutschlands, sehe ich ungeachtet der großen Schwierigkeiten, welche noch zu überwinden sind, mit Zuversicht einer bessern Zukunft des deutschen Vaterlandes entgegen. Mit diesen Wünschen für Deutschland verbinde ich den eben so innigen Wunsch, daß die göttliche Vorsehung Ew. Majestät zum Heile und zur Zierde Würtembergs und Deutschlands bis zu dem entferntesten Ziele erhalten, so wie nicht minder eine glückliche Zukunft Deutschlands erleben und eine lange Reihe von Jahren genießen lassen möge. Geruhen Ew. Majestät die Huldigung der Ehrerbietung gnädigst zu genehmigen, mit welcher u. s. w. (Oesterr. Reichsztg.)

8 **Wien**, 17. März. [Deutsche Frage. — Eine offizielle Darstellung des ungar. Krieges.] Die deutsche Frage in ihrer unfaßbaren Zerflossenheit und trostlosen Endlosigkeit hat für die mehr materielle Auffassung des österreichischen Verstandes etwas unendlich Aergerliches und man hört deshalb nicht selten Stimmen der Ungeduld, welche im Ueberdruß an der Penelopenarbeit der Dresdener Konferenzen, die Gewalt zur Lösung der deutschen Wirren herbeirufen möchten. Wird es auch schwerlich wieder zu den Kriegsvorbereitungen kommen, die im Herbst des verflossenen Jahres die Welt mit so viel unnützem Lärm erfüllten, so glaubt doch hier jeder Denkende, daß die Schlichtung der deutschen Frage immerhin nur im Gefolge eines großen Krieges möglich sei und die Hauptsache nicht am grünen Tisch des Konferenzsaales, sondern auf der grünen Ebene des Schlachtfeldes entschieden werden wird. War ja sogar die Bundesakte von 1815 die Geburt äußerer Gefahren und ohne das Erscheinen Napoleons an der Südküste Frankreichs hätte der Wiener Kongreß wohl einen Kampf, aber keine Bundesakte hervorgebracht. — Neuerdings taucht das Gerücht einer Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige von Preußen in Dresden auf, wozu die eigentliche Anregung vom sächsischen Hofe ausgegangen sein dürfte, doch möchte dies auf der Anschauungsweise patriarchalischer Politik beruhende Projekt schwerlich vor der Hand Anklang finden. Sogar die Reise des Fürsten Schwarzenberg nach Dresden, die bereits festbestimmt war, ist neuerdings wieder zweifelhaft geworden und so dürfte allerdings die unbedingte Rückkehr zum Frankfurter Bundestage unter den jetzigen Umständen das Wahrscheinlichste sein. — Oberst Ramming, der mit dem General Haynau in den letzten Tagen persönliche Rücksprache genommen, ist eben mit der Ausarbeitung einer umfassenden Kritik der beiden russischen Darstellungen des ungarischen Krieges beschäftigt, worin alle Irrthümer und Verdrehungen rückhaltslos beleuchtet werden sollen. Die Widerlegung in der Beilage der Allgemeinen Zeitung war blos ein populärer Auszug dessen, was später in Gestalt einer Broschüre und mit einem Aufwand strategischer Behelfe ans Licht treten wird, der sie besonders für den militärischen Fachmann interessant machen muß.

O. C. Der ehemalige Justizminister Anton Ritter von Schmerling ist zum 1. Senatspräsidenten des obersten Gerichts- und Kassationshofes ernannt worden. — Das morgen erscheinende Reichsgesetzblatt enthält die Verlängerung des zwischen Rußland und Oesterreich im Jahre 1840 abgeschlossenen Donauschifffahrtsvertrages auf ein weiteres Jahr. — Der königl. preuß. Gesandte Herr v. Rochow ist gestern nach Berlin abgereist.

Schweiz.

Bern, 13. März. [Die Flüchtlinge.] Der Transport der deutschen, italienischen und polnischen Flüchtlinge aus dem Innern der Schweiz nach der französischen Grenze, um von da aus durch Frankreich je nach ihrem Willen nach England oder Amerika geschafft zu werden, hat bereits begonnen. Basel und Genf sind als die Depots bezeichnet, von wo aus die französische Regierung die Weiterschaffung der Flüchtlinge übernehmen wird. Ist in den Depots eine bestimmte Anzahl beisammen, so wird die Reise nach dem Havre unter Bedeckung von Gendarmen angetreten. Gestern haben sich hier in Bern allein 30 Flüchtlinge zum Transport gemeldet. Der Direktor des eidg. Polizei- und Justiz-Departements, Bundesrath Furrer, eröffnete ihnen, daß nicht allein auf der Reise für alle ihre Bedürfnisse gesorgt werden, sondern daß auch ein Jeder von ihnen bei der Abreise von Havre 30 Fr. baar erhalten würde, um ihre Bedürfnisse während der ersten Tage nach ihrer Ankunft in England oder Amerika bestreiten zu können. Außerdem sollten sich diejenigen, denen es an hinreichenden Kleidungsstücken mangele, an die Regierung des Kantons wenden, dem sie zugetheilt wären; diese würde für Kleidungsstücke sorgen. Seinem früheren Kreisschreiben an die Regierungsstatthalter entgegen hat der Regierungsrath von Bern in geheimer Sitzung beschlossen, denjenigen Flüchtlingen, welche außer gewissen moralischen Garantien auch noch die einer Kaution von 1600 Schw. Fr. leisten können, die Erlaubniß zum Aufenthalt im Kanton zu ertheilen. Aehnliches ist von den Regierungen fast aller übrigen Kantone beschlossen worden, nur daß hier und da die Kaution höher oder niedriger gestellt ist. Die vollständige Ordnung der Flüchtlingsangelegenheit, sowie sie der Bundesrath beschlossen hat, dürfte jedoch immer noch einige Monate in Anspruch nehmen. (Leipz. Z.)

Tessin, 12. März. Am 11. ist eine bedeutende Garnison-Verstärkung nach Como gekommen. Am 10. und 11. haben Offiziere in der Nähe von Sasseglio, Brusata, Stabio u. s. w. Vermessungen längs der Grenze vorgenommen, um, wie man sagt, von 100 zu 100 Schritten Lokale zu errichten, um die Bivouacs erträglicher zu machen. Das Hauptkommando dieses Kordons soll auf Monte Ruppino, zunächst Chiasso, kommen.

Man spricht von einem Finanzkordon von 3 Bataillonen, welcher von Seite der Lombardei an den schweizerischen und piemontesischen Grenzen des Schmuggels wegen (!) am 15. März aufgestellt werden soll.

Rußland.

Von der polnischen Grenze, 6. März. [Bewegung der russischen Armee.] In dem benachbarten Königreich Polen findet in diesem Augenblick unter der russischen Armee eine solche Bewegung statt, daß daraus deutlich zu entnehmen ist, man beabsichtige oder besorge im bevorstehenden Frühjahr wichtige Ereignisse. Zunächst ist nicht in Abrede zu stellen, daß fast die ganze disponible russische Armee jetzt in Polen konzentrirt ist, so daß man wohl im ganzen Königreich keine Ortschaft finden dürfte, die nicht mit zahlreichem Militär belegt wäre; und dann wird fortwährend mit dem größten Eifer gerüstet und alles in marschfertigen Zustande versetzt, weshalb nicht nur die Truppen selbst, sondern überhaupt alle Bewohner des Landes die Ueberzeugung hegen, es stehe ein wichtiger Feldzug bevor. Die Zufuhren aus den benachbarten russischen Gouvernements sind großartig, und doch vermögen sie den Armeebedarf nicht zu decken, und in vielen Gegenden sind bereits alle Bestände konsumirt, so daß schon aus bloßen Verpflegungsrücksichten beständige Truppendislokationen stattfinden. Von revolutionären Zuckungen ist übrigens unter den Polen des Königreichs auch nicht das Geringste mehr wahrzunehmen, alle scheinen vielmehr als kluge Leute in die Nothwendigkeit sich gefunden zu haben. Die Reichen haben aufgehört zu schmollen; sie haben sich in diesem Winter zahlreich in Warschau eingefunden, und entfalten ihre Neigung zu orientalischem Luxus am Hofe des Fürsten-Statthalters Paskiewitsch. (A. Z.)

Frankreich.

× **Paris**, 15. März. [Tagesbericht.] Gestern Abend hatten wir ein Ministerium. Herr Odilon Barrot hatte eingewilligt, der Chef des Kabinets zu werden, und übernahm für sich das Innere mit der Bedingung, daß man ihm einen Unterstaatssekretär seiner Wahl gebe. Herr Barrot erwählte sich zu diesem Zwecke den Präfekten Corbin, und das Elysee gab nach. Alsdann wurde zu der Wahl der andern Minister geschritten und nur ein Name, der des Herrn Fould war Gegenstand einer lebhaften Diskussion. Da indeß der Präsident den Eintritt Foulds in das Kabinet als eine conditio sine qua non hinstellte, so gab Herr Barrot nach.

Zwei Stunden darauf schrieb er jedoch an den Präsidenten, daß er als entschieden parlamentarischer Mann nicht der Kollege des Herrn Fould werden könne, den die National-Versammlung nicht zum Minister haben wolle. So wurde denn die Combination wieder zerstört, und die Interims-Minister wurden ersucht, noch auf ihren Posten zu verbleiben, welche auch resignirten bis auf den Finanz-Minister Germiny, der entschieden erklärte, auf seinen früheren Posten des General-Einnehmers zurückzukehren. Auch ist er bereits heute unter dem Vorwand, seine kranke Mutter zu besuchen, nach Rouen abgereist, und hat sein Portefeuille Herrn Magne übergeben.

Die National-Versammlung hat heute den transitorischen Gesetzentwurf auf Vertagung der Nationalgarden-Wahlen diskutirt. Das Resultat war von Anbeginn nicht zweifelhaft. Man wußte, daß der Entwurf von sämmtlichen Nüancen der Linken bekämpft und von sämmtlichen Nüancen der Rechten unterstützt werden wird. Theilt sich die Versammlung in solche Weise, und bildet sich keine momentane Allianz zwischen gewissen Fraktionen der Rechten und der Linken, so bleiben regelmäßig zwei Drittel der Versammlung auf der einen und ein Drittel auf der andern Seite. So war es denn auch heute. Der Gesetz-Entwurf wurde mit 418 gegen 234 Stimmen angenommen.

Was den Gang der Debatte anbelangt, so betheiligte sich das Gouvernement nur daran durch einige verworrene Erklärungen, die der Minister des Innern, Herr Vaisse, gleich am Beginn der Debatte abgab. Die anfänglich etwas matte Diskussion nahm später durch das Wort mehrerer Notabilitäten der Versammlung einen höhern Schwung. Im Ganzen haben 9 Redner das Wort genommen, und die Rede eines Jeden kann kurz folgendermaßen charakterisirt werden:

Herr Vaisse war verwirrt; Herr de Montjou heftig, wie ein würdiger Montagnard; Herr de Riancey sprach wie ein Berichterstatter, der im Voraus weiß, daß seine Sache gewonnen ist; Herr J. Favre bitter und weitschweifig; Herr Baze schwerfällig und retrospektiv; Herr Lamartine beredt und anständig; Herr Lamoriciere stürmisch und frei, als echter afrikanischer General; Herr Cavaignac würdevoll und loyal, wie immer; Herr Lagrange übertrieben bis zur Lächerlichkeit.

Sämmtliche Propositonen auf Rückzahlung der 45 Centimes-Steuer sind von der Commission verworfen worden. Die des Herrn Berryer ist noch nicht an der Reihe, doch heißt es, daß er sie freiwillig zurückziehen wolle.

Die Entwaffnung der Straßburger Nationalgarde geht ohne Störung und Widerstand vor sich; die Demission des Maires und der Beisitzer ist offiziell.

Gestatten Sie mir zum Schlusse die Mittheilung von einem interessanten Ballereigniß, das viel von sich reden macht. Es befindet sich gegenwärtig in Paris einer der größten Herren Englands, ein Verwandter der Königin, ein ganz außerordentlich reicher Mann, Lord Gordon. Der edle Insulaner hat eine noch sehr schöne Frau und zwei schon sehr schöne Töchter. Vor Kurzem erhielt er folgende Einladung: „Le préfet de la Seine, au nom du corps municipal, prie monsieur lord Gordon, madame lady Gordon — et leur fille — de lui faire l'honneur etc." —

Der Engländer hat zwei Töchter und nur eine wird eingeladen. Keine will das Aschenbrödel sein. Mylord nimmt auch beide Töchter mit sich und verbessert den Irrthum des schlecht unterrichteten Schreibers der Einladung, indem er an das Wort „fille" ein ganz kleines „s" hinzufügt.

Man kömmt an. Der Huissier, dessen Instruktionen sehr streng sind, empfängt die Karte und bemerkt das hinzugethane „s". Er verweigert der einen Dame den Eintritt, und die ganze Familie kehrt nach dem Hotel zurück.

Am nächsten Tage wird Klage bei dem Gesandten geführt. Die Diplomatie fängt sich an drein zu mischen, als der Herr Seinepräfekt noch zur Zeit Kenntniß erhält, und sich beeilt, an Lord Gordon ein Schreiben voll Entschuldigungen zu richten. Es ist in der That kleinlich wegen eines kleinen „s" einen Verwandten der Königin Viktoria von einem Balle zurückzuweisen!

Großbritannien.

(*) **London**, 15. März. [Parlament. — Verschiedenes.] Die gestrige Sitzung des Unterhauses wurde um 4 Uhr eröffnet. Auf die Anfrage eines Mitgliedes, ob das Gouvernement geneigt ist, darauf zu beharren, daß die in der Türkei gefangenen ungarischen Flüchtlinge befreit würden? antwortet Lord Palmerston:

„76 ungarische Flüchtlinge haben in der Türkei ein Asyl gesucht und in Folge der Unterhandlungen zwischen dem Sultan und Oesterreich sind 60 auf dem Punkte, in Freiheit gesetzt zu werden. Ueber das Schicksal der andern 16, deren Gefangenschaft

schaft bis zur vollständigen Herstellung der Ordnung in Ungarn dauern sollte, wird noch berathen. Der Friede ist jetzt vollkommen hergestellt und der Sultan wird sein Versprechen gewiß erfüllen, auch ohne Aufforderung Seitens der auswärtigen Mächte."

Ein Mitglied verlangt zu wissen, ob das Gouvernement am Montag das Budget einbringen werde.

Lord John Russell: Wenn die Debatte über die Religions-Bill heute nicht geschlossen werden soll, so werde ich bitten, daß sie am Montag fortgesetzt werde. Die Erklärungen über das Budget wolle das Haus aber bis zum 24sten vertagen. Ein ehrenwerthes Mitglied hat angekündigt, daß es ein Mißtrauens-Votum gegen die Regierung beantragen werde wegen der Verwaltung auf Ceylon, und das Kabinet kann, bedroht von einem Votum dieser Art, keine Finanzvorschläge machen. (Beifall und Gelächter.) Ich bitte daher, daß man abwarte, um zu wissen, ob dieses Kabinet, oder ein anderes die Finanzmaßregeln vorschlagen werde. Das Mißtrauens-Votum möge daher noch baldmöglichst diskutirt werden.

Moore: Ich habe gerade kein Verlangen Opposition zu machen, aber ich sehe mich dazu genöthigt, wenn man die dringendsten Maßregeln immer hinausschiebt. Ich wünsche zu wissen, ob das Kabinet ein ernstliches, oder nur eine Maschine, ein Automat ist. Wenn das Gouvernement nur hier ist, um die Ministersitze einzunehmen, so werde ich sofort beantragen, daß die Diskussion über die antipapistische Bill vertagt werde. (Heiterkeit.)

O'Connor: Ich meinerseits betrachte die Proposition des edlen Lord, Alles bis nach dem Censur-Votum zu vertagen, als eine große Ehrerbietung vor dem Hause.

Die Proposition Lord Russells auf Vertagung wird angenommen.

Hierauf beginnt die Debatte über die Religions-Bill.

Graf v. Surrey beantragt die Verschiebung auf 6 Monate.

Reynald unterstützt den Antrag. Es sei durch den Papst keine wirkliche Insulte geschehen, und die Errichtung katholischer Diözesen sei keine Usurpation, weil keine weltliche Gewalt daraus resultire. — Nach einem energischen Angriff auf die Politik Lord Russells erklärt das Mitglied, so lange gegen das Kabinet zu stimmen, bis es die Religions-Bill zurückgezogen haben wird.

Nach mehreren anderen Rednern für und gegen hielt Sir R. Peel seine „Jungfern-Rede." Er unterstützt die Bill. Unerschütterlicher Vertheidiger der Religion, in der er geboren, ist er bereit, seinerseits alle Verantwortlichkeit bei einer Maßregel auf sich zu nehmen, welche die Lehren und Rechte der anglikanischen Kirche beschützt. Er hält den protestantischen Glauben für den vollkommensten und will nicht, daß man die Gewissen bedrücke; er hält die Toleranz in Religionssachen für das heiligste Prinzip in der Politik und wenn er der Bill seine Zustimmung giebt, so geschieht es, weil er sie für nicht verletzend hält.

Der Redner weist noch auf die intolerante Politik des heiligen Stuhles hin, die noch jetzt ist, wie sie immer gewesen, und verlangt daher Vorsicht. Er hat die Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Schritt des Papstes der erste in einem Systeme ist, welches auf Angriffe gegen die anglikanische Kirche berechnet ist. — Diese „Jungfern-Rede" wurde mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen.

Sir R. Inglis vertheidigte die Politik der Ultra-Protestanten, welche die modifizirte Bill zu wäßrig finden. Sir Palmer vertrat die Liberalen, die gar keine Bill wollen. Für die modifizirte Bill sprach außer Sir R. Peel auch Herr Wood, und so hatte denn an diesem ersten Tage der Debatte schon jede politische Nuance ihren Redner ins Treffen geschickt. Von den Ministern hat heute noch keiner das Wort in dieser Angelegenheit genommen.

Die Debatte war sehr lebhaft. Um 1 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben und die Diskussion auf den Montag vertagt.

Die Nachrichten vom Cap sind in der City mit großer Befriedigung aufgenommen worden; nur drückten Privatbriefe kein solches Vertrauen aus, wie die Journale. Es scheint gewiß, daß der Krieg wenigstens 12 bis 18 Monate dauern wird, wenn das Gouvernement wirklich ein für allemal mit der Insurrektion der Kaffern ein Ende machen will.

Osmanisches Reich.

O. C. **Aus Bosnien**, 13. März. [Die Aufständischen in der Kraina] sind zu einer bedeutenden Stärke angewachsen und haben bekanntlich schon Banjaluka besetzt, von wo sich die christlichen Bewohner nach Serajewo flüchten mußten. Die Stellung der Insurgenten dehnt sich bis Gjölhiesar aus und bewegt sich gegen Jaiza. Von Travnik ist ein Armee-Corps gegen dieselben aufgebrochen und es unterliegt keinem Zweifel, daß es sie in kurzer Zeit bewältigen werde, da in dem Insurgenten-Heere Schwankungen wahrgenommen wurden. — Mustapha Pascha Melemendsi, aus Tuzla angekommen, zog mit zwei Bataillonen Infanterie gegen Jaiza, der Brigadier Ali Pascha gleichfalls mit zwei Bataillonen gegen Skender Vakup, um Branduk zu besetzen. Aus Konstantinopel ist ein Ferman eingetroffen, vermöge dessen der Vezir der Herzogewina, Ali Pascha Stolcic, seines Paschaliks verlustig erklärt wird. — Eine Abtheilung Arnauten, 500 Köpfe stark, in Tosga in Albanien angeworben, ist gegen Travnik aufgebrochen. — Das beste Zeugniß des hiesigen Elends liefert das schlechte Brot, welches das Volk zu verzehren genöthigt ist. Die Verpflegungs-Lieferungen werden mit aller Strenge eingetrieben, eben darum wächst die Noth mit jedem Augenblicke.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 18. März. Die Preuß. Ztg. (ehemalige Deutsche Reform), die Neue Preuß. Ztg. und das Korrespondenz-Bureau enthalten Mittheilungen über die letzte hiesige Wahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer. Wir dürfen Form und Tendenz dieser Mittheilungen ganz auf sich beruhen lassen; man wird aus dem Thatsächlichen zur Genüge erkennen, aus welcher trüben Quelle diese Blätter schöpfen. So schreibt man u. A. (man höre und staune) dem C. B. wörtlich Folgendes aus Breslau: „An Stelle des hier verstorbenen Abgeordneten Wallmouth ist in Breslau der Kandidat der konservativen Partei, Professor Stenzel, gewählt worden. Derselbe soll in seiner Wahlrede erklärt haben, in die Zurücknahme der Verfassung willigen zu wollen, wenn dieselbe den Erwartungen nicht entspreche."

§ **Breslau**, 18. März. [Konstitutionelle Bürger-Ressource.] In Abwesenheit des Präsidenten der Gesellschaft führte gestern Herr Rechtsanwalt Plathner den Vorsitz. Derselbe theilte den Inhalt einer Brochüre mit, welche die zeitherige Politik der preußischen Regierung von eigenthümlich oppositionellem Standpunkte beleuchtet. Der Verfasser der Schrift, welcher sich nicht gemeldet hat, behauptet, Preußen dürfe sich nicht an die Spitze von Deutschland stellen, weil es kein rein deutscher Staat sei, indem noch gegenwärtig ein Achtel seiner Bevölkerung aus Slaven bestehe. Als zweiten Grund für seine Ansicht führt der Verfasser an, daß die Souveränetätsrechte Preußens in dessen außerdeutschen Provinzen (Ost- und Westpreußen) liegen; drittens beruft er sich noch auf den Umstand, daß Preußen nicht wie Oesterreich Kronländer, sondern nur Provinzen besitze. Schließlich erklärt sich der Verfasser für Aufrechthaltung der Vielstaaterei, welche dem Wesen der deutschen Stämme entspreche und den chersten Schutz gegen die Revolution gewähre.

An diese Mittheilungen knüpfte sich eine längere Debatte, in der Herr Oberlehrer Reiche die Behauptungen des Verfassers durch geschichtliche Daten zu widerlegen suchte. Ein anderer Redner meinte, die Einheit Deutschlands könne nicht eher zu Stande kommen, als bis ein Fürst auf dem preußischen oder österreichischen Throne sitzen werde, der sie mit dem Schwerte erkämpfe. Herr Oberstaatsanwalt Fuchs schilderte die Versuche, welche seit dem Jahre 1848 zur Herstellung des deutschen Bundesstaates gemacht wurden. In Frankfurt, Erfurt und Dresden sei das Werk mißlungen. Der Redner theilt die Ansicht, daß es eines Schwertes bedürfe, unter der gegenwärtigen Sachlage aber hält er die Stärkung des eigenen Staates im Innern für das einzig mögliche und nützliche Mittel zur künftigen Erreichung des Zieles, welches man bisher vergeblich angestrebt habe.

Zur Revision der Jahresrechnung, welche der Kassirer der Gesellschaft vorgelegt hat, wurden die HH. Weiß und Schummel ernannt; für den Fall, daß einer der Herren ablehnen sollte, wählte die Versammlung noch Hrn. Winkler zum Kassenrevisor. — Der Fragekasten brachte u. a. die Anfrage: warum die Regierung zu Liegnitz die Jagd schon am 15. Februar geschlossen habe, während sie von der hiesigen Regierung bis Ende v. M. gestattet wurde? Aus der Mittheilung eines Sachverständigen ging hervor, daß der Abschluß des Jagdvergnügens in Liegnitz deshalb zeitiger erfolgen mag, weil daselbst ein größerer Mißbrauch zu befürchten sei. — Ueber die Frage: Worin besteht der Unterschied zwischen den Konservativ-Konstitutionellen und den Eigentlich-Konstitutionellen? — wurde zur einfachen Tagesordnung übergegangen.

§ **Breslau**, 18. März. [Unterstützungsverein für hülfsbedürftige Familien ausrückender Wehrmänner.] Gestern hat die statutenmäßige Generalversammlung auf dem rathhäuslichen Fürstensaale unter Vorsitz des Herrn Bürgermeister Bartsch stattgefunden. Es wurde zunächst die Frage erörtert, ob der Verein noch fortbestehen solle, nachdem durch ein Gesetz den Kommunen die Verpflichtung auferlegt worden, für die Familien der ausrückenden Landwehrmänner Sorge zu tragen. Man entschied sich für den Fortbestand des Vereins. Hierauf theilte Herr Warnke das Ergebniß der Kassenrevision mit. Am Schlusse des Jahres 1849 war ein Kassenbestand von 1306 Rtl. 21 Sgr. 7 Pf. vorhanden, dazu kam die Einnahme des vorigen Jahres mit 969 Rtl. 24 Sgr. 4 Pf., so daß der Verein im Ganzen über 2276 Rtl. zu verfügen hatte. Die Ausgaben des Jahres 1850 betrugen: a) an neu angelegten Kapitalien 324 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf., b) an Unterstützungen für 86 Familien 215 Rtl., c) an Verwaltungskosten ꝛc. 18 Rtl. 12 Sgr. Beim Jahresschluß blieb dem Vereine ein Vermögen von 1718 Rtl. 9 Sgr. 2 Pf. — Im laufenden Jahre wurden bereits 129 Familien mit 211 Rtl. 15 Sgr. unterstützt. Der Vortragende bemerkte, daß dieses erfreuliche Resultat den außerordentlichen Beiträgen Seitens der hiesigen Theaterdirektion und Sr. Eminenz des Kardinals und Fürstbischofs von Breslau zu verdanken sei. Dem Rendanten Herrn Weithe wurde auf Antrag des Berichterstatters die Decharge ertheilt. — Zwei Vorstandsmitglieder sind statutenmäßig ausgeschieden; an deren Stelle wurden die Herren Kaufmann Regner und Rendant Ulke, zu Stellvertretern die Herren Polizeirath Vogt und Appellationsgerichtsrath Sack gewählt. — Herr Major v. Toll, Anführer des Breslauer Landwehr-Bataillons, dankte dem Vereine im Namen der Landwehr und bat ihn, für den Fall, daß der König sein Heer wieder zusammenberufen sollte, die frühere Wirksamkeit fortzusetzen. Um jedoch Mißbräuchen vorzubeugen, wünschte der Redner, daß künftighin etwaige Unterstützungen dem Kommandirenden mitgetheilt würden. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung angenommen.

* **Breslau**, 18. März. [Das Benefiz des Herrn Görner] findet am nächsten Donnerstag statt. Wir erinnern bei solchen Gelegenheiten gern an die Verdienste der Benefizianten, zumal wenn diese Verdienste so bedeutend und der höchsten Anerkennung werth sind, wie dies bei Herrn Görner der Fall ist. Das bedeutende Darstellungstalent dieses Künstlers, sowie seine sorgsame Regie sind bei der öffentlichen Meinung in solchem Kredit, daß es gewiß gar keiner Anempfehlung bedarf, um die recht zahlreiche Theilnahme des Publikums für die Benefiz-Vorstellung hervorzurufen. Indeß wollten auch wir mit unserer Theilnahme für den Benefizianten nicht zurückbleiben, und andererseits ganz abgesehen von dem Benefiz das Publikum auf den genußreichen Abend aufmerksam machen, den die Donnerstags-Vorstellung verspricht. Wie Viele werden nicht die seit zehn Jahren von unserer Bühne verschwundene Operette „Fanchon" sehen wollen, die mit den besten Kräften unsers Personals besetzt ist? — Außerdem bietet uns Herr Görner noch mehre „lebende Bilder", und daß diese mit Geschmack arrangirt sein werden, darf wohl nach den Triumphen, die Herr Görner mit solchen Bildern bei uns schon geerntet, nicht erst versichert werden.

Am 15. d. Mts. wurden über Ratibor 298 Mann vom österreichischen Infanterie-Regiment Roßbach nach Krakau befördert. (C. C.)

[Für Jauer.] Der Destillateur und Essigfabrikant Herr Louis Pleßner ersucht die Redaktion dieser Ztg., zu erklären, daß er nicht der **P.**-Korrespondent ist. — Es geschieht hiermit.

Mannigfaltiges.

— (London, 14. März.) Die nordamerikanische Fregatte „St. Lawrence" mit sämmtlichen Beiträgen der Vereinigten Staaten für die Ausstellung ist gestern in Southampton eingetroffen. Sie bringt eine größere Anzahl Artikel, als man erwartet hatte. Es hatten sich nämlich im Ganzen nur 500 Aussteller angemeldet, und nun sind beinahe 2000 Verpackungen angelangt. Das Verzeichniß derselben nimmt drei eng gedruckte Spalten des „Newyork-Herald" ein. Merkwürdig ist ein Stück Zinkerz von 16,400 Pfd. Gewicht, wahrscheinlich der größte Zinkblock, der bis auf den heutigen Tag produzirt wurde. Die Fregatte hat den Auftrag, sobald sie ausgeladen ist, die sterblichen Ueberreste des berühmten Commodore Paul Jones, die bisher in Paris ruhten, an Bord zu nehmen und nach Amerika zu führen. Der Verstorbene war erster republikanischer See-Kapitän unter Washington. Die Amerikaner sind fest entschlossen, im nächsten Jahre in Newyork eine große Welt-Industrie-Ausstellung nach dem Muster der Londoner zu machen. Es hat sich zu diesem Zwecke eine Gesellschaft von Kapitalisten gebildet, die das Gebäude im Hydepark ankaufen wollen. Die Königin Pomareh von Otaheiti hat, ohne vorher um eine Platzanweisung im Glaspalast angesucht zu haben, plötzlich auch eine verschlossene Kiste an das Ausstellungs-Komitee in London gesandt. Man hofft, daß die Sendung noch einen Platz im Hydepark finden werde; was die geheimnißvolle Kiste enthält, darüber lassen die Zeitungen nichts verlauten; man glaubt, mehr Naturprodukte als Fabrikate.

— „Daily News" wird aus Liverpool geschrieben, daß die unter den dort angekommenen Flüchtlingen befindlichen neun Magyaren bereit sind, nach Amerika zu gehen. Sie gehorchen darin dem Wunsche Kossuths, der vor einigen Tagen an Herrn Pulszky schrieb, er möge sich für ihre Transportation nach Amerika verwenden, damit sie nicht in die Lage kämen, von Almosen leben zu müssen und so die Sache, der sie gedient haben, zu entwürdigen. Auch der Führer der Polenflüchtlinge, Major Wallinazky, sei für die Auswanderung, die große Masse der Polen aber hat den glühendsten Wunsch ausgesprochen, in Europa zu bleiben, theils, um „zum Kampfe fürs Vaterland stets bereit und nahe zu sein", theils, weil ihnen andere polnische Emigranten aus Amerika geschrieben haben, daß sie sich dort in eben so tiefem Elende, als in England, befinden.

—* (Wien, 17. März.) Durch die Energie eines ihrer geachteten Bürger wird die Residenzstadt Wien bald im Besitz des siebenten Weltwunders, den hängenden Gärten der Semiramis sein. Der Eigenthümer des grandiosen National-Hotel in der Leopoldstadt beabsichtigt eine Gartenterrasse anzulegen, oberhalb der Etagen des Gebäudes, welche bequem 6000 Menschen faßt, und diese nach englischer Art genußreich zu gestalten. Daß Herrn Klier nichts unmöglich ist, beweist sein Etablissement, das an 300 aufs eleganteste dekorirte Gastzimmer enthält, und jedes derselben, sogar jene im 4. Stock, mit kalten und warmen Badeapparaten mittelst Dampfkraft versehen sind.

—* Der Pseudofürst Altieri, über den vor längerer Zeit die Journale so bunte Nachrichten verbreiteten, ist von den k. russ. Behörden des Königreiches Polen am 14. d. an die Krakauer Polizeibehörde abgeliefert worden.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* **Breslau**, 16. März. [Handelskammer.] Der gestrigen Sitzung lag zunächst ein Schreiben des Abgeordneten Herrn v. Görtz vom 8. d. M. vor, in welchem derselbe über die an diesem Tage erfolgte Abstimmung der zweiten Kammer über die Anträge in Betreff Regulirung der Oder Mittheilung machte und der Hoffnung Raum gab, daß, da hohe Kammer die „Regulirung des Flusses als eine im Staats-Interesse und der Landeswohlfahrt begründetes, dringendes Bedürfniß anerkannt und die Erwartung ausgesprochen habe, daß die Staatsregierung wegen Beschaffung der zur Ausführung derselben erforderlichen Mittel baldthunlichst geeignete Vorlagen machen werde", — dieser Beschluß der Erreichung des angestrebten Zieles förderlich sein werde. — Da der Herr Minister für Handel ꝛc. seine Geneigtheit zur Ausführung des Regulirungswerkes verschiedentlich zu erkennen gegeben, so sprach sich in der Handelskammer die Hoffnung aus, daß derselbe durch die erwähnte Abstimmung in der zweiten Kammer sich in seinen Entschließungen befestigt fühlen werde, und beschloß man deshalb zunächst einige Zeit abzuwarten, bevor man in dieser Sache fernere Schritte thäte. — Als eine große Erleichterung für den diesseitigen Waarenverkehr mit Oesterreich hatten sich die Maßnahmen bewährt, nach welchen die königliche Steuer-Expedition auf dem hiesigen oberschlesischen Bahnhofe das Aus- und Eingangsamt für alle nach Krakau und Oesterreichisch-Oderberg ausgehenden und von da eingehenden Waaren bildet, indem die zollpflichtigen Artikel hier der amtlichen Schlußabfertigung unterzogen und in verschlossenen Wagen und amtlicher Begleitung bis Krakau und resp. Oderberg, und die von da nach hier eingehenden Waaren in derselben Weise behufs der Eingangs-Deklaration u. s. w. auf durchgehenden Wagen hierher befördert werden. Es erschien nun sehr wünschenswerth, daß ähnliche Einrichtungen auch für den **Waaren-Transport auf der Eisenbahn zwischen hier und Warschau** getroffen würden, da dieser durch die zur Zeit in Myslowitz nothwendige Umladung Behufs der Aus- und Eingangs-Deklaration u. s. w. preußischerseits und durch die auf dem russischen Grenz-Zollamte Granica erfolgende zweite Umladung zu gleichem Zwecke russischerseits an noch weit größeren Unbequemlichkeiten leidet, als früher der vorhin gedachte österreichische Verkehr. Man beschloß deshalb, an die Direktion der oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft sich mit dem Ersuchen zu wenden, Vereinbarungen zur Regelung des in Rede stehenden polnischen Verkehrs in angedeuteter Weise zu treffen. — Auf einen frühern Antrag der Handelskammer war Seitens des Herrn Finanzministers der Bescheid eingegangen, **daß er sich nicht veranlaßt finde, die Staatskassen zur Einlösung des bei ihnen zur Präsentation kommenden falschen Papiergeldes zum vollen Nennwerthe anzuweisen,** indem eine Verpflichtung des Staates zum Ersatze falschen Papiergeldes nicht bestehe und durch die beantragte Maßregel die Anfertigung und der Umlauf falschen Papiergeldes begünstiget, insbesondere aber die Aufmerksamkeit des Publikums auf das Vorkommen desselben ganz beseitiget werden würde. — Die Berathung einer im Entwurfe vorliegenden **Wollmarkt-Ordnung** und einer Anfrage wegen der **Angemessenheit der nächstjährigen Termine für mehre schlesische Wollmärkte** wurde einer Kommission überwiesen.

§ **Breslau**, 18. März. [Plenarsitzung des Gewerberaths.] Der Abgeordnete zur zweiten Kammer, Herr Landschaftssyndikus von Görtz, zeigt an, daß die Petition des hiesigen Gewerberaths um Fortbestand der Darlehnskassen auf Erfolg Aussicht habe, da der Kommissionsbericht sich dahin ausspricht, daß erwähntes Institut noch bis Ende künftigen Jahres fortbestehen möge. Ein Exemplar des gedruckten Berichtes liegt vor.

Auf Antrag des Herrn Stein beschließt die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, daß nach erfolgter Konstituirung des Gemeinde-Vorstandes die Emanirung der Ortsstatuten schleunigst veranlaßt werde.

Durch Reskript der königl. Regierung wird die Handwerker-Abtheilung, welche der hiesigen Innung der Schornsteinfeger die Verpflichtung zur Aufnahme zweier Meister hatte auferlegen wollen, dahin beschieden, daß diese Angelegenheit nach § 122 der Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1845 lediglich Sache der Kommunalbehörden sei.

Der Magistrat verlangt ein Gutachten der Versammlung darüber, ob Kürschner nach den bestehenden Gesetzen den Handel mit rohen Fellen als zu ihrem Handwerksbetriebe gehörig ausgeben dürften. Man entscheidet sich dafür, vorher die Ansicht der Kürschner-Innung über den fraglichen Punkt zu hören.

Die Innung der Gold- und Silberarbeiter hat ein Statut eingereicht, worin ein Beitrittsgeld von 12 Thlrn. festgesetzt ist. Diese Bestimmung erfährt lebhaften Widerspruch und es wird beschlossen, die Summe auf 5 Thlr. herabzusetzen. — Herr Cohn macht jedoch bemerklich, daß hier vielleicht das Bedürfniß eines höhern Beitrages vorliege. Es sollen deshalb die nöthigen Recherchen angestellt werden. — Gleichzeitig hat dieselbe Innung in einem Promemoria die Gründe für Errichtung eines Abstempelungsamtes für feingehaltenes Silber ausgeführt, und dessen Stellung unter staatliche Aufsicht beantragt. Die bisherige Art der Prüfung durch die Obermeister mittelst Probiernadeln wird von den Betheiligten als unzuverlässig dargestellt. Da die Zeit bereits zu weit vorgerückt war, mußte die Beschlußnahme über die letzte Vorlage vertagt werden.

X. **Landsberg** Ob.-Schl., im März. In der unmittelbaren Nähe unseres Städtchens, und zwar auf dem, Sr. Durchlaucht dem Fürsten August zu Hohenlohe-Oehringen auf Schlawentzitz gehörigen Gute Wienskowitz, befindet sich ein, derselben Herrschaft gehöriger Holzkohlen-Hochofen, Namens Paulinehütte, der, wegen zu geringer, — von Sachverständigen im Durchschnitt nur auf 1 bis 2 Pferdekräfte geschätzter — Wasserkraft, bereits über ein Jahr außer Betrieb gewesen ist. Da nun diese zu geringe Kraft ihre Ursache nicht in momentanem Wassermangel hat, sondern weil an und für sich dort niemals eine solche Wasserkraft vorhanden gewesen ist, noch beschafft werden kann, die ausreichend wäre zum Betriebe eines Hochofens, so ist der gegenwärtigen Hütten-Verwaltung nichts übrig geblieben, als mittelst Dampfkraft die fehlende Wasserkraft zu ersetzen. Die Beheizung des Kessels einer Dampfmaschine von 6 Pferden — so groß ist die auf Paulinerhütte aufgestellte, und von der Breslauer Maschinenbau-Anstalt gelieferte Gebläsemaschine — würde aber in hiesiger Gegend, wo 1 Tonne Steinkohlen bisher 1 Thlr. 14 Sgr. gekostet hat, und selbst unter den günstigsten Umständen immer 1 Thlr. 10 Sgr. kosten würde, jährlich eine Ausgabe von mehr als 3000 Thlr. erfordert haben. Um nun diese große Ausgabe zu vermeiden und den Zweck dennoch zu erreichen, hat die Hütten-Verwaltung einen sogenannten Gas-Apparat aufgestellt, durch welchen die, sonst in weit hinleuchtender Flamme ungenützt verbrennenden Hochofengase vom obern Rande, oder der Gicht des Hochofens in Röhren herabgeleitet werden zu dem Kessel der Dampfmaschine, dessen vollständige Heizung sie allein bewerkstelligen. Außer der Kesselheizung kann auch noch gleichzeitig ein sogenannter Wiedererwärmungs-Apparat durch Gase erhitzt werden. Die diesfälligen Vorrichtungen sind eben so einfach, wie außerordentlich sinnreich. Am 10. d. M. fand das Anblasen des Hochofens statt; vom ersten Augenblicke des Anzündens der Gase an, geht die Maschine ununterbrochen nur mit Gasheizung fort, und es wird auch nicht ein Stück Kohle ꝛc. gebraucht.

Man versichert uns, daß die Maschine bei Weitem nicht alle disponiblen Gase verbrauche, und daß der unbenutzt übrigbleibende Ueberschuß hinreichen würde, noch eine Dampfkraft von ca. 20 Pferden zu entwickeln.

Wir müssen es dankbar anerkennen, daß mit seltener Humanität und Fernhaltung aller Geheimnißkrämerei jedem Wißbegierigen gern Gelegenheit gegeben wird, sich durch den Augenschein von dem hier Gesagten zu überzeugen.

Wenn auch zur Zeit in unserer Provinz die Hochofen-Gase noch nirgend anderswo zur Anwendung gekommen sind, so dürfte wohl, nachdem hier die Bahn gebrochen und das Vorurtheil besiegt worden ist, so manches Hüttenwerk nun bald nachfolgen und die Gase seiner Hochöfen nicht ferner blos zu einem unnützen Feuerwerk verwenden.

Berlin, 17. März. Die dem Stempel-Revisor C. T. N. Mendelssohn in Berlin unterm 5. März 1850 ertheilten Patente: 1) wegen einer mechanischen Scheide- und Waschvorrichtung für Steinkohlen, 2) wegen eines Verkoakungs-Ofens, 3) wegen einer Vorrichtung zum Eindicken des Theers, 4) wegen einer Menge- und Formmaschine für Brennsteine aus Kohlen und Pech sind erloschen.

Im Laufe des verflossenen Jahres wurden in der Wiener Münze im Ganzen 126,842,102 Münzen im Werthe von 9,570,301 rhn. Gld. geprägt. Unter diesen waren 13,371 Vier-Dukatenstücke, 742,800 einfache Dukaton, 111,529 Zwei-Guldenstücke, 82,465 R.-Thaler, 5,145,565 Zwanziger, 25,000,000 Sechser u. s. w.

Am 21. d. M. werden in Warschau auf dem Hofe des Landschafts-Gebäudes für 9,376,918 poln. Gulden ausgelooste und schon bezahlte Pfandbriefe nebst ihren Coupons verbrannt werden.

Die polnische Regierungs-Finanzkommission hat bekannt gemacht, daß sie im Jahre 1852 fünfundsechszig Tausend Pud Tabaksblätter einkaufen werde.

Bekanntmachung.

Bei der königlichen höhern landwirthschaftlichen Lehranstalt in Proskau, beginnen die Vorlesungen des Sommer-Semesters 1851 den 24. April d. J.; das spezielle Verzeichniß derselben weisen die Amtsblätter der königl. Regierungen nach.

Anmeldungen zur Aufnahme von Studirenden sind an das unterzeichnete Direktorium zu richten, welches über die Bedingungen der Aufnahme die erforderlichen Nachrichten gern ertheilen wird.

Proskau bei Oppeln, den 28. Februar 1851.

Das Direktorium der königl. landwirthschaftl. Lehranstalt.
(gez.) Heinrich.

Theater-Repertoire.

Mittwoch den 19. März. 70ste und letzte Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 6ten Male: **„Bajazzo und seine Familie."** Drama in 5 Akten, frei nach dem Französischen von H. Marr.

Donnerstag den 20. März Bei aufgehobenem Abonnement. **Zum Benefiz des Regisseur Herrn Görner.** Neu einstudirt: **„Fanchon, das Leiermädchen."** Operette in drei Aufzügen, nach einem französischen Vaudeville bearbeitet von Aug. v. Kotzebue. Musik von Himmel. — Zum Schluß: **Lebende Bilder:** 1) „Die letzte Wacht"; 2) „Der Tanz und die Mittagsruhe", und 3) „Moses im Lande der Medianiter."

Da auch diesmal eine Anzahl Bons nicht eingegangen sind, so werden noch vier Extra-Vorstellungen zu dem ersten Abonnement stattfinden, zu welchen die noch außenstehenden Bons angenommen werden. Das Nähere wird durch die Zeitung und Anschlagzettel bekannt gemacht werden.

Entbindungs-Anzeige.

Die gestern Morgen erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau, Amalie, geb. Gerber, von einem gesunden Mädchen, zeige ich Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst an.

Freiburg i. Schl., den 17. März 1851.
Schild, Thierarzt erster Klasse.

Altes Theater.

Heute, Mittwoch den 19. März 1851,
Zweite Vorstellung:
Azor und Zemire,
Zauber-Posse in 3 Akten,
des neuen Marionetten-, Ballet- und Metamorphosen-Theaters.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Sonnabend, den 22. März:
Letztes
grosses Concert
des academ. Musik-Vereins
in der Aula Leopoldina der Universität.
Auf allgemeines Verlangen kommt unter Anderm zur Aufführung: „Eine Nacht auf dem Meere" von W. Tschirch.
Die Direction des academ. Musik-Vereins.
F. Dittrich. E. Grosser. A. Gramsch.

Danksagung.

Dem edlen mir unbekannten Uebersender (Hillel) von 3 Rtl. meinen wärmsten Dank. S.

Den Landwehr-Lieutenant Herrn **Louis von Helmrich** fordere ich hiermit auf, mir sofort seinen Aufenthalt anzuzeigen.
Reinhold Sturm.

Theater-Aktien-Verein.

Die Herren Aktionaire laden wir zu der diesjährigen ordentlichen General-Versammlung auf den **29. März, Nachmittags 3 Uhr, im Börsenlokale,** ergebenst ein. Zu dieser Versammlung wird die Neuwahl des Direktorii sowie der Rechnungs-Kommission erfolgen, und zugleich darüber beschlossen werden:
ob und unter welchen Bedingungen entweder der gegenwärtige Pachtkontrakt vom 1. April 1852 ab, als dem Tage seiner Endigung, auf 10 Jahre verlängert oder zu einer anderweitigen Pacht-Licitation geschritten werden solle?

Breslau, den 15. März 1851.
Das Direktorium des Theater-Aktien-Vereins.

Bekanntmachung.

Die von dem königlichen Kredit-Institute für Schlesien unterm 4. Januar 1847 auf das im Kreuzburger Kreise gelegene Gut Schmardt V. Antheils ausgefertigten vierprozentigen Pfandbriefe Littr. B. sind von dem Besitzer des verpfändeten Gutes aufgekündigt worden und es sollen die Apoints:

Nr.	40,142	bis incl.	Nr.	40,144	à	1000 Rtl.,
=	43,275	=	=	43,279	à	500 Rtl.,
=	49,474	=	=	49,480	à	200 Rtl.,
=	61,667	=	=	61,675	à	100 Rtl.,
=	79,126	=	=	79,128	à	50 Rtl.,
=	82,129	=	=	82,130	à	25 Rtl.,

gegen andere dergleichen Pfandbriefe gleichen Betrages eingetauscht werden.

In Gemäßheit der §§ 50 und 51 der Verordnung vom 8. Juni 1835 (G. S. Nr. 1619) werden daher die gegenwärtigen Inhaber vorbezeichneter Pfandbriefe hierdurch aufgefordert, dieselben mit dem Zinsanspruche vom 1. Januar d. J. ab in unserem Geschäfts-Lokale, Albrechtsstraße Nr. 16, zu präsentiren und in deren Stelle andere dergleichen Pfandbriefe vom nämlichen Betrage in Empfang zu nehmen.

Breslau, den 20. Januar 1851.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.
v. Schleinitz.

Ediktalladung.

Der Posener Pfandbrief No. 85/3,502. Sulęcin Kreis Schroda über 25 Rtlr. nebst Zins-Coupons von Weihnachten 1846 ab, ist angeblich verbrannt. Wir fordern den etwaigen Inhaber dieses Pfandbriefes auf, sich spätestens bis zum Johanni-Zinsen-Termine 1851 bei uns zu melden, widrigenfalls er die Amortisation des qu. Pfandbriefs zu gewärtigen hat.

Schroda, den 14. Dezember 1850.
Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

Obwieszczenie.

List zastawny Poznański No. 85/3,502. Sulęcin Powiatu Średzkiego na Tal. 25. wraz z kuponami od Bożego Narodzenia 1846 miał się spalić. Wzywamy Posiedziciela oznaczonego listu, aby się takowy do naszgłosił, najpóźniéj w terminie do odpłaty stowego Świętojańskiego za rok 1851 inaczéj bowiem Amortyzacya zrzeczonego listu zastawnego nastąpi.

Środa dnia 14. Grudnia 1850.
Królewski Sąd Powiatowy.
Wydział pierwszy.

Unser Comtoir befindet sich jetzt:
Reusche Straße Nr. 12,
im Hause des Herrn Kaufmann Kliche.
Gebrüder Hamburger.

Mit dem 1. April beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf den

Görlitzer Anzeiger,

welcher wöchentlich, Dinstag, Donnerstag und Sonntag, zu dem Preise von vierteljährlich 12½ Sgr. incl. Porto erscheint. Ergebenst zum Abonnement einladend, bemerken wir, daß Inserate (die durchgehende Zeile oder deren Raum 1 Sgr.) die weiteste Verbreitung finden.
Görlitz, im März 1851.
Die Expedition des Görlitzer Anzeigers.
Julius Köhler.

Bescheidene Anfrage.
Warum annoncirt Herr Kommissionsrath Hertel die Auktionen nicht auch in der Oderzeitung?! — Einem bedeutenden Theile des hiesigen Publikums, das andere Organe nicht liest, geht die Auktions-Anzeige verloren und am 17. d. M. würde Schreiber dieses für einen Krahn unbedingt das Doppelte gezahlt haben, würde er die Annonce in der Oderzeitung, die er nur allein liest, gefunden haben.
Unus pro multis.

Nothwendiger Verkauf.
Zum nothwendigen Verkaufe des sub Nr. 127 zu Neudorf Kommende belegenen, dem Maurermeister Herrmann Bothe gehörigen, auf 16,113 Rtl. 20 Sgr. 9 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf
den 24. Juli 1851,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem Herrn Kreisrichter Conrad in unserm Parteienzimmer anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.
Breslau, den 11. Januar 1851.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Höherer Bestimmung zu Folge sollen die bis Ende Dezember d. J. bei dem unterzeichneten Artillerie-Depot stromabwärts vorkommenden Wasserfrachten an Pulver und anderen Effekten im Wege der Submission an den Mindestfordernden öffentlich verdungen werden.
Qualifizirte Unternehmer werden hierdurch aufgefordert, ihre schriftlichen Gebote, worin aber weder etwas radirt noch ausgestrichen sein darf, versiegelt und mit der Aufschrift: **„Submission auf Wasserfrachten"** in das Bureau des unterzeichneten Artillerie-Depots, im Sandzeughause auf der Sandstraße, **bis zum 22. März d. J., Vormittags 10 Uhr,** abgeben zu wollen, zu welcher Zeit die Eröffnung der bis dahin eingegangenen Submissionen erfolgt.
Den Submittenten steht frei, entweder in Person, oder durch einen mit einem schriftlichen Ausweis versehenen Bevollmächtigten, dem Termin beizuwohnen.
Die Bedingungen, welche der Submission zum Grunde liegen, können in dem oben bezeichneten Bureau täglich, mit Ausnahme der Sonntage, früh von 8 bis 12 und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr eingesehen werden, und wird nur noch bemerkt, daß Submittent eine Kaution von 2000 Rtl. entweder baar oder in preußischen Staatspapieren und Pfandbriefen zu erlegen hat.
Breslau, den 1. März 1851.
Königliches Artillerie-Depot.
Krause. Hoppe.

Nothwendiger Verkauf.
Kreis-Gerichts-Kommission zu Muskau.
Das den Frentzelschen Erben gehörige Erbpachts-Vorwerk Mittel-Zibelle Nr. 1, abgeschätzt auf 21,192 Rtl. 3 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe soll
am 8. Juli 1851,
Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle vor dem Kreisrichter Zettwach subhastirt werden.
Zum Mitbieten ist eine Kaution von 2200 Rtl. in preuß. kassenmäßigen Geldsorten oder Staatspapieren nach dem Kourswerthe erforderlich.
Muskau, den 20. Dezember 1850.

Auktion. Am 20. d. M., Vorm. 9 Uhr und Nachm. 2 Uhr, sollen in Nr. 15, Nadlergasse, gebrauchte Möbel und versch. Hausgeräthe versteigert werden. **Mannig,** Aukt.-Kommiss.

Auktions-Anzeige.
Montag **den 24. März,** Vormitt. 10 Uhr, sollen im Forst von Brustawe hiesigen Kreises, und zwar an der Kolonie Liebenthal, die Viertelecke genannt, wiederum 142 Klaftern Kiefern-Leibholz meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.
Militsch, den 10. März 1851.
Mann I., gerichtl. Aukt.-Kommiss.

Verkauf eines Grundstücks.

Ein hierorts zwischen zweien Poststraßen, und im frequentesten Theile des Marktes belegenes massives, zweistöckiges, 4 Jahr altes und in reinem Kalk erbautes Wohnhaus, 32′ Fronte, mit einem Fronton, durchgängig mit Kellern, 7′ hoch im Lichten, mit Hof, Stallungen, Wagenremise und einer Einfahrt, nebst einem Garten von 6½ Morgen (Magd.) ist sofort aus freier Hand zu verkaufen. Das Wohnhaus ist höchst geeignet und eingerichtet für einen **Kaufmann, vorzüglich** aber für einen **Destillateur,** da auf diesem Grundstücke schon seit vielen Jahren der Ausschank betrieben wird.
Hierauf Reflektirende wollen sich in frankirten Briefen entweder an den unterzeichneten Eigenthümer oder auch an Hrn. **Deutschert** hierselbst wenden.
Krotoschin. J. N. v. Wąsowski.

Meine in der Breslauer Zeitung vom 23sten Mai 1850 enthaltene Warnung, mit meiner Ehefrau Julie, geb. Felix, sich nicht in Kaufgeschäfte oder Kredit einzulassen, da ich erstere nicht genehmige und für letzteren nicht aufkomme, sehe ich mich genöthigt, in Erinnerung zu bringen, nachdem ich mich von derselben getrennt und die Ehescheidung eingeleitet habe.
C. G. Käser, gew. Gastwirth.

Pensionäre
finden in einer achtbaren Familie freundliche Aufnahme und elterliche Pflege; auch können dieselben die nöthige Nachhilfe in ihren Schularbeiten erhalten. Näheres Altbüsserstraße Nr. 53, in der ersten Etage.

Stellegesuch zweier Forstmänner.
Ein theoretisch und praktisch gebildeter Forstmann, welcher seit längeren Jahren bedeutende Forsten selbstständig beaufsichtigte und darüber die empfehlendsten Zeugnisse besitzt, imgleichen ein junger Revierjäger, der guter Schütze ist, wünschen Stellung und werden kostenfrei nachgewiesen durch das Comtoir von
Clemens Warnecke in Braunschweig.

Ein Doppel-Pult und sonstige Comtoir-Utensilien werden zu kaufen gesucht: Reusche Straße Nr. 52, erste Etage.

Bekanntmachung.
Der Posten des mit Leitung der **Oekonomie- und Forst-Angelegenheiten** der hiesigen Kommunal-Verwaltung betrauten Magistrats-Mitgliedes soll neu besetzt, und Bewerbungen unter Nachweisung der Qualifikation bis zum 10. April d. J. entgegengenommen werden. Wir ersuchen, dieselben in unserem Bureau — Elisabet-Gymnasium — abgeben zu wollen.
Mit der Stelle ist ein jährliches Gehalt von 1000 Thalern und Erstattung der baaren Auslagen bei Dienstreisen verbunden. Der Gewählte ist verpflichtet, seine Thätigkeit ungetheilt dem Amte zu widmen, auch, sofern dieselbe durch die Leitung der Oekonomie- und Forst-Angelegenheiten nicht vollständig in Anspruch genommen werden sollte, sich anderweitigen, ihm vom Magistrats-Dirigenten zugetheilten Geschäften zu unterziehen.
Breslau, den 17. März 1851.
Der Gemeinderath der Stadt Breslau.

Den hochgeehrten Damen,
welche sich vergebens nach der **Saponine** in meine Handlung bemühten, zeige ich ganz ergebenst an, daß der erwartete Transport gestern bei mir eingetroffen ist!
Durch die **Saponine** reiniget man Glacee-, seidene und baumwollene Handschuhe, ohne große zeitraubende Bemühung und äußerst billig. Preis die Porz. Dose 12 Sgr.
Eduard Groß,
am Neumarkt Nr. 42,
Importeur dieser neuen Erfindung für Schlesien.

Guts-Verkäufe.

Mehrere in den besten Gegenden von Sachsen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, Preußen und Mecklenburg belegenen Rittergüter von verschiedener Größe mit schönen Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden, so wie vollständigen Inventarien, sind mir von den Besitzern zum sofortigen Verkauf aus freier Hand unter günstigen Bedingungen übertragen worden.
Reele Selbstkäufer erfahren auf persönliche oder portofreie Anfragen von mir das Nähere, und bitte ich nur, die Größe des gewünschten Gutes, so wie die Provinz, in der es verlangt wird, gefälligst mit anzugeben.
Berlin, den 18. März 1851.
Herrmann Schütz,
Kommandanten-Straße Nr. 33.

Frische Steinbutt

bei **J. Simmchen u. Co.,**
Weinhandlung, Kupferschmiedestr. 7.

Kloster-Straße Nr. 60 ist verschiedenes Mobiliar, Wäsche, Porzellan, 2 sehr gut gehaltene Wagen, Pferdegeschirre ꝛc. aus freier Hand zu verkaufen.

Ein gedienter Mann, welcher seit 8 Jahren Holzgeschäfte en gros verwaltet hat und somit den Handel als auch den Werth der dahin einschlagenden Artikel, als: Bretter ꝛc., genau kennt, auch Verschleiß nach Berlin zu bewirken wissen würde, sucht unter Vorlegung guter Atteste ein Unterkommen als Forstbeamter ꝛc. und ist zur Uebernahme selbiger sofort bereit.
Adressen erbittet derselbe an den Buchdrucker Herrn Pfingsten in Liegnitz portofrei einsenden zu wollen.

Verpachtung eines Handlungslokals.
Mein in Löwenberg sub Nr. 99 an bester Stelle des Marktes belegener Spezerei-Laden mit Laden-Utensilien, benöthigter Wohnung, Keller, Remisen ꝛc. ist sofort zu vermiethen.
Darauf Reflektirende belieben sich persönlich oder in franco Briefen an mich zu wenden.
Verehelichte Kaufmann **Thiermann**
in Löwenberg.

Ich erlaube mir hiermit die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mich seit dem 1. März d. J. hier als **Töpfer-Meister** in allen in dieses Fach schlagenden Arbeiten, besonders Heiz- und Kochöfen, etablirt habe, und indem ich um gütige Beachtung bitte, versichere zugleich die reelste und prompteste Bedienung.
Kreuzburg, den 17. März 1851.
Ferd. Maaß, vormals Piontek.

Ein seit 25 Jahren in einer der belebtesten Mittelstädte Schlesiens betriebenes sehr rentables **Porzellan- und Glas-Waaren-Geschäft,** verbunden mit einer Glaserei, soll wegen plötzlich erfolgtem Ableben des zeitigen Besitzers aus freier Hand verkauft werden.
Darauf reflektirende Käufer belieben sich in portofreien Briefen unter Chiffre F. L. poste restante Glogau, zu melden, von wo aus die Kaufbedingungen prompt mitgetheilt werden.

Möbel-Offerte.

Da das Möbel-Lokal Büttner-Straße Nr. 5 diese Woche geräumt werden muß, so sollen sämmtliche Möbel, Spiegel und Polsterwaaren zu den allermöglichst billigsten Preisen verkauft werden bei **Johann Speyer,** Büttner-Straße Nr. 5.

Verloren!
Es ist am vorigen Sonnabend Abend ein gelber Rohrstock mit Elfenbeingriff, worauf eine Blume eingeschnitten ist, in einer Droschke zurückgelassen worden. Wer denselben beim Wirth in der Pechhütte Schweidnitzer- und Karlsstraßen-Ecke zurückbringt, empfängt eine angemessene Belohnung.

Die ehemals Joulysche Kattunfabrikenbesitzung am Weidendamm Nr. 3 hierselbst ist sofort zu verkaufen oder zu verpachten. Näheres Ohlauerstraße Nr. 77 bei
Werner.

Bleich-Waaren
aller Art, zur Beförderung auf die bewährte, vollkommen schöne, unschädliche **Natur-Rasenbleiche** des Herrn **Richard Fischer** sen. in Greiffenberg übernimmt unter Zusicherung rascher, guter und möglichst billiger Bedienung:
Herrmann Stefke,
Reuschestr. Nr. 63.
Breslau, im März 1851.

Bei **Graß, Barth u. Komp.** in **Breslau** und **Oppeln,** bei Heege in Schweidnitz ist zu haben:
Zur gesellschaftlichen Belustigung ist zu empfehlen:

Carlo Bosco, das Zauberkabinet, oder das Ganze der Taschenspielerkunst,

enthaltend: 110 Wunder erregende Kunststücke durch die natürliche Zauberkunst, mit Karten, Würfeln, Ringen, Kugeln, Geldstücken und 68 arithmetische Belustigungen. Zur gesellschaftlichen Belustigung mit und ohne Gehülfen auszuführen. Vom Prof. Kerndörfer. Sechste Aufl. Preis 20 Sgr. — Verlag von Ernst in Quedlinburg.
Auch in der Flemmingschen Buchhandlung in Glogau, Bredul und Förster in Gleiwitz, Köhler in Görlitz, Weiß in Grünberg und in allen Buchhandlungen zu haben.

Weiß-Garten.

Donnerstag, den 20. März:
Großes Konzert
vom Musikchor des hochlöbl. 10. Inf.-Regim.
Anfang 5 Uhr.
Entree: Herren 2½ Sgr., Damen 1 Sgr.

Für das große Vertrauen und Wohlwollen, womit ich in der verflossenen Wintersaison beehrt worden bin, so wie insbesondere für die vielfachen Beweise dankbarer Anerkennung, welche mir am Schlusse meiner Lehrstunden in allen Gesellschaften zu Theil geworden sind, statte ich einem hochgeehrten Publikum hiermit meinen tiefgefühltesten Dank ab und bemerke, wie ich jederzeit bestrebt sein werde, mich dieser Auszeichnung werth zu machen. Meine lieben Schüler und deren geehrte Eltern bitte ich aber um ihr freundliches Andenken, welches auch ich in ihnen stets bewahren werde.
Louis von Kronhelm,
Tanzlehrer an der königl. Ritter-Akademie zu Liegnitz
und mehrerer hiesigen Anstalten.

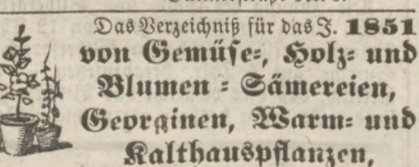
Die gefertigten Bauunternehmer bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß sie in den Monaten März und April l. alle ihre übernommenen Baulichkeiten mit Kraft zu beginnen anfangen werden und zwar für den **Sömmering** bei **Schottwein** eine bedeutende Anzahl Arbeiter, als: **Steinmetzen, Ziegelschläger, Handlanger, Steinbrecher u. Maurer;** ferner für **Olmütz** zum **Festungsbau Ziegelschläger, Handlanger,** so wie auch **Pferdebespannung,** und endlich für **Wiesenberg** zur Anlage einer großartigen Spinn-Fabrik **Ziegelschläger, Handlanger** und **1000 Mann Maurer** gebrauchen.
In Folge dessen werden die hohe Geistlichkeit und Behörden höflichst ersucht, den Inhalt dieser Anzeige weiteren Orts unter den allgemeinen Arbeitsleuten bekannt zu geben.
Brünn. **Gebrüder Klein.**

Ein **geübter** Expedient, der auch gleichzeitig eine **gute** und **korrekte** Handschrift schreibt, findet in der Kanzlei des Unterzeichneten alsbald eine Stelle. Persönliche Vorstellung ist indeß erforderlich.
Ohlau, den 11. März 1851.
Steinmann,
königl. Rechts-Anwalt.

Obstbäume-Verkauf.
In der Baumschule zu Gutwohne, 1 M. von Oels, in welcher mehrere 100 der edelsten Sorten kultivirt werden, ist eine bedeutende Zahl hochstämmiger Kirsch-, Aepfel-, Birn- und Nussbäume zu verkaufen; desgl. Ahorn- und Kastanienbäume. Der Katalog liegt jederzeit beim Gärtner zur Einsicht bereit.

Bleichwaaren

zur Beförderung ins Gebirge werden angenommen bei **Ferdinand Scholtz,**
Büttnerstraße Nr. 6.



Das Verzeichniß für das J. **1851**
von Gemüse-, Holz- und Blumen-Sämereien, Georginen, Warm- und Kalthauspflanzen,
von **C. Platz u. Sohn in Erfurt,**
ist angekommen, und werden die Bestellungen darauf angenommen in Breslau bei
S. G. Schwartz, Ohlauerstraße Nr. 21.

5300 Rtl.

in Hypotheken, welche auf einem Hause haften, welches am 10. April d. J. auf dem königlichen Stadtgericht zur Subhastation kommt, sollen mit 30 pCt. Verlust verkauft werden, und werden schlesische Pfandbriefe Lit. A. pari angenommen. Im Hause ist eine Bäckerei. Das Nähere Neue Sandstraße Nr. 5, bei Herrn Kaufmann Neumann.

Circa 900 Rthlr.
werden hinter Pfandbriefe, auf eine ländliche Besitzung, gegen gerichtliche Cession gewünscht. Das Nähere ist zu erfahren in der Handlung Schmiedebrücke Nr. 34.

Gemüse-, Blumen-, Futter- und Gras-Samen
von erprobter Keimkraft und Aechtheit, empfiehlt, laut dem in der Beilage zu Nr. 73 der Bresl. Zeitung vom 14. März inserirten Verzeichnisse:
Friedrich Gustav Pohl,
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 12.

Waldsaamen-Preise

von Klemens Klose und Comp. in Olbersdorf in Oesterr. Schlesien.

Das preuß. Pfund	Kiefer	17 Sgr.
" " "	Lehrbaum	12 "
" " "	Erlen	8 "
" " "	Birken	4 "
" " "	Fichten	4 "

franco Breslau. Hierauf gütigst Reflektirende wollen ihre desfallsigen Bestellungen entweder uns oder den Herren Klemens Klose und Comp. nach Olbersdorf einsenden.
Hübner u. Sohn, Ring 35, eine Tr.

Saamen-Offerte.

Englisches und französisches **Raigras, Timothegras, Knaulgras, Wiesenschwingel, Schafschwingel,** echt französ. **Luzerne, Esparsette, Knörich,** die besten Sorten **Futter-Runkelrüben,** sowie alle Arten **Gemüse- und Blumen-Sämereien** ꝛc. ꝛc. empfiehlt laut Preis-Courant:
Julius Monhaupt,
Albrechts-Straße Nr. 8.

Ein rothbrauner Wachtelhund, auf der Stirn eine weiße Bläße und auf den Namen Mingo hörend, ist auf dem Wege nach Lissa am Sonntage verloren gegangen. Derselbe wird Nikolai-Straße Nr. 65 gegen eine gute Belohnung zurück erbeten.

Ein Feldmesser-Gehülfe, der hauptsächlich im Flächenberechnen geübt und ganz zuverlässig ist, eigener Instrumente nicht bedarf, unverheirathet sein muß, wird für einen Geometer im Departement Posen gesucht.
Die Adresse ist durch den Kaufmann C. Krüger, Tuchhandlung, Ring Nr. 1 in Breslau, zu erfahren.

Ein Mädchen, welche in Musik, Französisch, wissenschaftlich, so wie in weiblichen feinen Arbeiten zu unterrichten versteht, wird zu einer Herrschaft auf's Land verlangt. Näheres am Neumarkt Nr. 12, bei Jacobi.

Flaschen-Bier,

zum Abholen, die preuß. Quartflasche 1 Sgr. 2 Pf., empfiehlt:
Schmidt, Ritterplatz Nr. 9.

Es wird ein ev. cand. theol. als Aequivalent in einer Priv.-Lehr- und Erziehungs-Anstalt der Provinz Posen gesucht. Adressen sub v. S. Neutomysl werden franko erbeten.

Geräuch. Rhein-Lachs, bei Gebrüder Friederici.

Frische Austern, Rheinlachs, Steinbutte

bei
Ernst Wendt u. Comp.

Fürsten-Melange-Schnupftabak,

das Pfund 25 Sgr., das Loth 1 Sgr., empfiehlt als eine ausgezeichnete Prise zur Conservirung des Augenlichts:
C. F. Rettig,
Kupferschmiede-Strasse
No. 26.

Neue französische Hüte,

wasserdicht, mit unvertilgbarem Glanze,
erste Qualität à 4 Rthlr.,
zweite " à 3 "
dritte " à 2 " 10 Sgr.,
empfehlen:
Gebr. Huldschinsky,
Schweidnitzer Straße Nr. 5, im goldnen Löwen.

Karpfen zu Teich-Besatz, 2- und 3jährige, sowie ältere, verkauft das Dominium Cranz bei Dyhernfurth, wegen Kassiren der Teiche, möglichst billig.

Blücherplatz Nr. 1
ist zu vermiethen und Termin Ostern oder Johannis d. J. zu beziehen die 2te Etage, bestehend in 4 Stuben, Kabinet, Küche und Zubehör.

Gute gelbe Kartoffeln, Erbsen, roth. Früh- und Spät-Klee hat zu verkaufen die Scholtisei zu Jerasselwitz, Breslauer Kreises.

Küsten-Heringe hat abzulassen:
C. Peter, Kloster-Str. Nr. 11 u. 66.

Nikolai-Vorstadt, Kurze-Gasse Nr. 1, ist eine Tischler-Werkstatt nebst Wohnung zu vermiethen und bald zu beziehen.

Billig zu verkaufen
sind: 2 Wachsblumen, 1 Cactus Speciosus, 2 Oleander und Kanarien-Vögel: Blücherplatz Nr. 6, erste Etage.

---

1 leichter Brettwagen, 1 Handwagen mit eisernen Axen sind zu verkaufen: Mathiasstr. 25.

Ein tüchtiger, unverheiratheter, militärfreier **Kutscher** findet bei dem Oekonomie-Direktor v. Raumer in Goschütz bei Festenberg sofort einen Dienst.

Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,**
Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.
Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen u. Lieut. u. Adjutant Fischer a. Neisse. Kammerherr von Rabenau a. Adelsbach. Gutsbes. Baron von Hundt a. Schweidnitz. Gutsbes. v. Schmiedeberg a. Oberschlesien. Kaufm. Kleinfeller aus Kitzingen. Lieut. v. Winkler aus Schweidnitz. Gutsp. Schmitz a. Mielenzin. Fräul. Polenz a. Kottbus.

Markt-Preise.

Breslau am 18. März 1851.

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	56	53	50	46	Sgr
Gelber dito	54	52	49	46	"
Roggen	43	41	39	37	"
Gerste	31	29	28	27	"
Hafer	25	23	22	21	"
Rothe Kleesaat	—	11⅓	10½	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10⅓	9⅓	6-8	Rtl.
Spiritus	6¾ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.
Rüböl 11½ Rtl. Gld.
Von Zink wurden dieser Tage 1000 Centner loco zu 4 Rtl. 14½ Sgr. verkauft.

16. u. 17. März	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″7,31‴	27″7,18‴	27″6,92‴
Thermometer	+ 3,0	+ 2,1	+ 7,2
Windrichtung	WSW	SW	SW
Luftkreis	trübe	wolkig	gr. Wolk.

17. u. 18. März	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″6,61‴	27″5,47‴	27″5,31‴
Thermometer	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,0
Windrichtung	SW	N	WNW
Luftkreis	wolkig	trübe	trübe

Herrn Kaufmann **Eduard Groß** Wohlgeboren zu Breslau, am Neumarkt 42.
Beifolgend 1 Rtl. 15 Sgr.
Neisse, den 27. Februar 1851.
Geehrter Herr Groß! Indem ich Ihnen für die mir vor 8 Tagen gütigst übersandte verbesserte Rheumatismus-Kette anliegend 1½ Rtl. sende, kann ich nicht umhin, Ihnen mitzutheilen, wie schnell meine rheumatischen Leiden dadurch geendet haben.
Nachdem ich bereits im vorigen Jahre zur Wiedererlangung meiner Gesundheit zwei schlesische Heilquellen besucht, Dampfbäder und Douchen genommen, konnte ich meine durch Rheumatismus hervorgebrachte Lähmung der linken Seite nicht ganz los werden, und nahm ohne besonderes Vertrauen, einen Ableiter in Bandform à 1 Rtl. von Ihnen, welchen ich kaum 14 Tage trug und meiner Schmerzen nicht nur ledig war, sondern auch ohne Stock zu gehen vermochte. Durch die häufige Veränderung des Wetters stellte sich wieder ein so heftiger Schmerz in meinem linken Arme ein, daß ich mir das Halstuch selbst nicht umknüpfen konnte. Jetzt, wo ich eine Kette von Ihnen angelegt, bin ich nach noch nicht 8 Tagen des Tragens wieder so kräftig, daß ich den Arm vollkommen gebrauchen kann, und halte ich es deshalb für meine Pflicht Ihnen, den freien Gebrauch dieses Briefes im Interesse der leidenden Menschheit zu gestatten, und Sie wegen des früheren Mangels an Vertrauen zu diesen Apparaten, gleichzeitig um Vergebung zu bitten.
Ergebenst **Karl Prädel,**
z. Z. Diätarius des königl. Proviant-Amtes.

Vorstehende Korrespondenz erhellt erneuert zur Genüge, daß vorzugsweise meinen **Ableitern,** aber auch den **Ketten** eine Kraft inne wohnt, welche **unfehlbar** gegen **rheumatische** und **gichtige Schmerzen heilsam operirt,** wie sich von meiner Gründung der Ableiter, seit **1844** immer mehr **sicher herausgestellt** hat, und worüber ich auch **authentische** Zeugnisse der **hochgestelltesten Aerzte** und **Privat-Personen** Europa's besitze! Eine **allerhöchste Auszeichnung** für die **Zweckmäßigkeit meiner Apparate** in **vollendeter Form,** als: **Platten-, Band-** und **Sandalenform,** à 15 Sgr., 10 Sgr. und 1 Rtl., **Sandalen** 1½ und 2 Rtl., ist die **Approbation** der **mediz. Fakultät** zu **Wien,** und darauf erfolgte **kais. kgl. ausschl. allerh. Privilegium** für die **k. k. österr. Staaten.** — Die **Ableiter** sind seit **6 Jahren tausendfältig** gegen **chronische** und **acute Rheumatismen, Gicht** und **Nervenübel** mit dem **günstigsten** Erfolge gekrönt, angewendet worden, als in Fällen, bei Kopf-, Gichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Augenfluß, Ohrenstechen, Ohrensausen, ja selbst Harthörigkeit, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Lähmungen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit ꝛc. und verdienen daher mit Recht meine Empfehlung.

Eduard Groß in Breslau, am Neumarkt 42.

Die Societät des von uns gemeinschaftlich unter der Firma **O. Pöhlmann und Comp.** betriebenen **Druck- und Verkaufs-Geschäfts** haben wir nach freundschaftlicher Uebereinkunft unter heutigem Tage aufgelöst, und zwar der Art, daß Herr **Otto Pöhlmann** alle Activa und Passiva übernommen hat, und Herr **Heinrich Pöhlmann** aus demselben ausscheidet. Das Geschäft wird von Herrn **Otto Pöhlmann** für alleinige Rechnung fortgesetzt.
Breslau, den 15. März 1851.
Otto Pöhlmann.
Heinrich Pöhlmann.

Rauch-Heringe, fett und wohlschmeckend, das Stück 1 Sgr., 9, 8 und 6 Pf.;
neue schottische Voll-Heringe, das Stück 6—8 und 9 Pf., das Fäßchen mit circa 45 Stück 17½ Sgr. excl. Gebind;
neue marin. Heringe mit weißer Sauce, Pfeffergurken und Zwiebeln, d. St. 1½ Sgr., das Fäßchen mit 12 Stück incl. Gebind 17½ Sgr.,
empfiehlt zur gefälligen Beachtung:
Wilhelm Prusse,
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 34, neben der Apotheke.

Königs-Wasch- und Bade-Pulver,

welches die Eigenschaften besitzt, daß es die Haut bis in die innersten Pores reinigt, und derselben einen schönen, feinen, weißen Teint verleiht, selbst die rauheste Hand bekommt nach nur kurzem Gebrauche ein zartes Ansehen. Die Schachtel mit Gebrauchsanweisung kostet 2½ Sgr.
In Breslau befindet sich die Niederlage bei **S. G. Schwartz,** Ohlauerstraße Nr. 21.

Stettin-Frankfurter Dampf-Schleppschiff-Fahrt.

Mit Donnerstag den 20sten d. beginnen die regelmäßigen Fahrten der beiden Dampfschiffe
Prinz Karl und **Adler,**
und zwar gehen dieselben bis auf Weiteres jeden Montag und Donnerstag Morgens 5 Uhr von Stettin und Morgens 6 Uhr von Frankfurt a. d. O. ab.
Passagiergeld und Güterfracht wie früher. — Die Güterbeförderung erfolgt in verdeckten, mit Verschluß versehenen Schleppkähnen, welche den Dampfschiffen angehängt sind.
Frankfurt a. d. O., im März 1851. **Herrmann u. Comp.,**
Agenten der Stettin-Frankfurter Dampf-Schleppschiff-Fahrt und Spediteure der Niederschles.-Märk. Eisenbahn.

Saamen-Offerte.

Echten franz. Luzerne-Saamen, neuen rothen und weißen Klee-Saamen, Thymothee-Saamen, engl. und franz. Raygras, Honiggras, Schafschwingel, Wiesenschwingel, Wiesenfuchsschwanz, Rispengras, Windhalm, Trespe, Rasenschmiele und gemischten Gras-Saamen zu Rasen-Anlagen, Knörich, Runkelrüben-Saamen und Lein-Saamen; sämmtlich frisch und keimfähig, empfiehlt zu den billigsten Preisen:
Karl Friedr. Keitsch in Breslau,
Stockgasse Nr. 1, nahe am Ringe.

Etablissements-Anzeige.

Mit dem heutigen Tage habe ich auf hiesigem Platze, **Karls-Straße Nr. 36** (Kapuziner-Kloster) ein
Manufaktur-Waaren-Geschäft en gros
unter der Firma:
W. Schück u. Comp.
eröffnet, und bitte ich, hiervon gefälligst Notiz zu nehmen.
Breslau, den 15. März 1851. **Wilhelm Schück.**

Brustreiz-Krankheiten.

Silberne Medaille 1848 — Goldene Medaille 1845

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit, gänzlich zu heilen, giebt es nichts wirksameres und besseres, als die **Pâte pectorale** von Georgé, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Die Husten-Tabletten sind in Schachteln zu haben, in **Breslau** bei Herrn Kaufmann **Scheurich,** neue Schweidnitzerstraße Nr. 7.



Heute Mittwoch
frische Blut- u. Leberwurst
nach Berliner Art,
empfiehlt: **C. F. Dietrich,**
Schmiedebrücke Nr. 2.

Beste frische Schweizer Butter

ist wieder zu haben bei **C. G. Ossig,** Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke Nr. 7.

Börsenberichte.

Breslau, 18. März. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¾ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅚ Br. Louisd'or 108$\frac{1}{12}$ Gl. Polnisch Courant 94¼ Br. Oesterreichische Banknoten 78½ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 105$\frac{5}{12}$ Gl. Neue Staats-Anleihe 4½ % 101¼ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 85⅔ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 101$\frac{1}{12}$ Gl., neue 3½ % 91½ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 95⅚ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 102 Br., Litt. B. 4 % 101¼ Gl., 3½ % 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¼ Br. neue 94¼ Br. Polnische Schatz-Obligationen 81¼ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 82$\frac{7}{12}$ Br. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 76¾ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 116$\frac{5}{12}$ Br., Litt. B. 109 Gl. Krakau-Oberschlesische 74¼ Br. Niederschlesisch-Märk. 83$\frac{7}{12}$ Br., Priorität 5 % 104 Br., Serie III. 103 Gl. Neisse-Brieger 42⅓ Br. Köln-Mindener — — Priorität 104 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38¼ Gl.

Berlin, 17. März. Die Börse war in flauer Haltung und die meisten Effekten gingen mehr oder weniger im Course zurück, namentlich waren Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien offerirt, Anhalter und Köln-Mindener dagegen gefragt.
Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 101¼ bez., Priorität 5 % 103¾ bez. Krakau-Oberschlesische 4 % 74 bez., Priorität 4 % 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 39 à 38½ bez., Priorität 5 % 97 Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 83⅜ bez., Priorität 4 % 95 Br., Priorität 5 % 103⅝ Gld., Serie III. 5 % 103¼ bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 26½ Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½ % 116¼ bez., Litt. B. 3½ % 109¼ bez. und Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 105¼ bez. Staats-Anleihe von 1850 4½ % 101⅛ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 85⅜ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128 bez. Posener Pfandriefe 4 % — 3½ % 91¼ Gld. Preußische Bank-Antheile 96⅜ Br. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94½ Br., neue 4 % 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 82¼ Gld., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 17. März. Bei großer Geschäftslosigkeit waren Fonds und Aktien wenig verändert und im Ganzen fest. Bankaktien etwas höher begehrt. Comptanten und Wechsel waren zur neuerdings erhöhten Notiz gefragt und fehlte es an Abgebern auf die meisten Plätze. Lombard. Anlehen wurde Weniges à 93¾ gemacht. Coupons 6¼. Schatzscheine besser bezahlt.
5 % Metalliques 96⅛, 4½ % 84⅞; Nordbahn 131½: Hamburg 2 Monat 192½; London 3 Monat 12. 52.; Silber 130½.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.